

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Robert Albert, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: August Sabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz 2. Nr. 95. — Preisnummern: 10 Pf. — Anzeigengebühr die sechsstelligen Zeitzeile 15 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 8102

Nr. 95.

Magdeburg, Freitag den 24. April 1903.

14. Jahrgang.

Das Gesetz über die „closed rooms“.

Neulich dem schon seit Jahren in Australien bestehenden Gesetz über die closed rooms (zu deutsch: „geschlossenen Räume“) ist das Reglement zu den deutschen Reichstagswahlen durch den Beschluß der Volksvertretung vom letzten Dienstag gestaltet worden. Es wäre verfehlt, die Regierung wegen dieser Verbesserung zu belobigen, denn nicht dem Bundesrat, sondern dem Reichstag ist die Reform zu verdanken. Lange genug hat der Reichstag vergeblich die dringenden, in der neuen Verfassung verwirklichten Forderungen des Wahlverfahrens gefordert, bis sich der Bundesrat schließlich dem entschiedenen Verlangen der Volksvertretung fügte.

Die Neuerung bedeutet einen nicht zu unterschätzenden Erfolg der Sozialdemokratie. Die Konservativen, die Reichspartei und Fürst Herbert Bis marck sind erbitterte Feinde des neuen Wahlreglements und taten im Reichstag alles, das von ihnen verhöhnte, „von der flojettblügelten Linken“ — wie man sich „geistreich“ ausdrückte — geforderte Gesetz zu verhindern. Unsere Genossen waren ausschlaggebend, um dem neuen Reglement zum Siege zu verhelfen.

Die jehantlosen Wahlbeeinflussungen, deren Beseitigung sogar Graf Posa domsky für eine „sittliche, ethische Pflicht“ erklärte, waren ein solcher Segen für die Junter, daß sie davon nicht ablassen wollten. Wenn das Volk seinen innersten Überzeugungen folgen kann, dann muß in der aus freier Wahl hervorgegangenen Volksvertretung das Wohl der Arbeiterklasse und der unterdrückten Schichten des Volks durchdringen, denn „das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir siegen“. Den besitzenden Klassen wird es nun wohl sehr unangenehm sein, daß es ihnen erschwert ist, die Arbeiter und Beamten zu zwingen, gegen ihre bessere Überzeugung bei der Wahl für die Interessen ihrer Ausbeuter und den Sieg ihrer Feinde zu wirken.

Dringend notwendig war zur Sicherung des Wahlrechts der Arbeiter, daß endlich die Wahlzeit, die bisher um 6 Uhr schloß, bis 7 Uhr ausgedehnt wird, um auch denen, welche sogar am Wahltag sehr lange von ihrem Ausbeuter beschäftigt werden, Gelegenheit zur Erfüllung ihrer Wahlpflicht zu geben.

Bisher konnten die Wahlvorsteher an der Form des Wahlzettels sehen, wen jemand gewählt hatte. Das nannte man dann „Wahlgeheimnis“. Jetzt müssen die Zettel in Kuverts abgegeben werden, welche amtlich im Wahllokal geliefert werden und durchweg gleich sind. Damit auch nicht durchgeföhrt werden kann, was für ein Wahlzettel im Kuvert liegt, sind über die Form des Wahlzettels Vorschriften erlassen worden. Die Kuverts müssen 15 Zentimeter lang und 12 Zentimeter breit, die Wahlzettel 12 Zentimeter lang und 9 Zentimeter breit sein. Auch sind nur Wahlzettel „von mittelfestem Schreibpapier“ zulässig.

Bekanntlich haben bisher vielfach die Arbeitgeber oder die Vorgesetzten der Wähler bezw. die Beauftragten dieser Leutehinder im Wahllokal aufgepaßt, ob die von ihnen abhängigen Wähler nicht auf dem Wege von der Tür des Wahllokals bis zur Wahlurne einen andern Zettel in die Hand nahmen, wie den ihnen draußen in die Hand gedrückten.

Diesem Anflug wird dadurch vorgebeugt werden, daß nach dem neuen Wahlreglement jeder Wähler vor Abgabe seiner Stimme in einem Isolierraum zu treten hat, in dem er von niemand gesehen werden kann. Es muß daher entweder ein Nebenraum, also etwa eine spanische Wand oder ein Bretterverschlag im Wahllokale angebracht sein, oder es muß ein von dem Vorstandstisch getrennter Nebentisch aufgestellt werden, der aber nur dann den Vorschriften entspricht, wenn der Wähler seinen Stimmzettel unter Beobachtung in den Umschlag zu legen vermag. — Diese letzte Vorschrift ist lediglich zur Ermöglichung der Umgehung des Gesetzes geschaffen worden. Wenn die Nationalliberalen, das Zentrum, die Antifemiten und die Freisinnige Volkspartei ihren eigenen ursprünglichen Vorschlag energisch hätten durchführen wollen, hätten sie ihn längst durch die Drohung mit der Ablehnung des Etats erreichen können. Wenn unsere Genossen aufpassen, kann die Lücke im Gesetz freilich nicht schaden. Sobald der Nebentisch derartig steht, daß der Wähler an diesem beobachtet werden kann, ist ein vollgültiger Grund zur Anfechtung der Wahl gegeben. Wir können uns nun nicht denken, daß ein Tisch so stehen kann, daß die Beobachtung eines sich an diesem aufhaltenden Wählers unmöglich ist. Die Gemeinden werden daher gut tun, Isolierräume einzurichten, um Wahlprotesten vorzubeugen. Natürlich werden unsere Genossen überall da, wo sie bei der Kommunalverwaltung mitzureden haben, die Einrichtung wirklicher „closed rooms“ zu verlangen haben.

Damit Blinde und Lahme nicht um ihr Wahlrecht gebracht werden können, dürfen sich Wähler, welche durch körperliche Gebrechen behindert sind, ihren Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen und diesen dem Wahlvorsteher zu übergeben, der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen.

Stimmzettel, welche die Wähler nicht in dem abgestempelten Umschlag oder, welche sie in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag abgeben wollen, hat der Wahlvorsteher zurückzuweisen, ebenso den Stimmzettel solcher Wähler, welche sich nicht in den Nebenraum oder an den Nebentisch begeben haben.

Stimmzettel, welche nicht mit einem amtlichen Umschlag versehen sind, sind ungültig, ebenso Stimmzettel mit einem gekennzeichneten Umschlag.

Der Energielosigkeit des Zentrums, der Antifemiten, der Nationalliberalen und der Freisinnigen Volkspartei haben wir zu verdanken, daß sich die Regierung erlauben konnte, einige schwere Mißstände aufrecht zu erhalten, deren Abstellung im Gegensatz zu der Rechten die genannten Parteien einst zusammen mit unsern Genossen verlangt hatten. Bisher war es der Willkür des Wahlvorstehers überlassen, ob er denjenigen, welche um 6 Uhr im Wahllokal anwesend waren, aber noch nicht gewählt hatten, noch ihren Wahlzettel abnehmen wollte. Jetzt wird Punkt 7 Uhr geschlossen, nach 7 Uhr wird niemand mehr sein Zettel abgenommen, obwohl die Reichstagsmehrheit ursprünglich allen denen, die bis 7 Uhr im Wahllokale erschienen, ihr Wahlrecht sichern wollte. Dadurch werden leider zahlreiche Arbeiter ihres Wahlrechtes verlustig gehen, wenn sich nicht jeder rechtzeitig vorfindet, in seinem, seiner Familie und seiner Klassengenossen heiligstem Interesse, spekuliert um die Wünsche der Reichen, sehr pünktlich — am, also spätestens um 6 1/2 Uhr zu erscheinen.

Auch bei dem größten Schicksal der Arbeiterklasse wird man da nicht geheim wählen können, wo im Wahllokal nur ganz wenige Wähler abstimmen. Unter 5 bis 10 Wählern wird es nicht schwer sein zu ahnen, wer für eine dem Ortsgewaltigen unimpathische Partei gestimmt hat. Das Zentrum, die Antifemiten, die Nationalliberalen und die Freisinnige Volkspartei sind daran schuld, daß nicht längst ihr von uns unterstützter und von der Rechten bekämpfter Vorschlag verwirklicht ist, daß auf jeden Wahlbezirk mindestens 125 Einwohner kommen müssen.

Sichtlich sind unsere Gegner — die Rechte wegen ihrer offenen Gegnerschaft, die Linke und das Zentrum wegen ihrer Genehmigung des Budgets — daran schuld, daß noch dadurch der „sittlichen, ethischen Pflicht“ zuwider gehandelt werden kann, daß der Wahlvorsteher die Wahlkuverts auseinanderlegt und sich die Reihenfolge merkt, in welcher die Leute abgestimmt haben, daß er ferner mit dem Fingerringel ein von andern unbemerktes Zeichen in dieses oder jenes Kuvert machen kann. Leider hat der Wähler, wie bisher die Wahlzettel, so auch künftig die Kuverts dem Wahlvorsteher zu übergeben, der sie in die Urne wirft. Nach dem Vorschlage des Reichstags sollte jeder Wähler selbst das Kuvert in die Urne werfen. Ferner sollten die Wahlurnen so beschaffen sein, daß die Umschläge durch eine im Deckel angebrachte Öffnung hineinzuwerfen sind; die Deckel sollten bis zum Schluß der Wahlhandlung geschlossen gehalten werden.

Trotz den Anstellungen in einzelnen bedeuert die Vorlage einen gewaltigen Fortschritt. Nach bei keiner Reichstagswahl ist das Wahlgeheimnis in so hohem Grade geschützt gewesen, wie das immerhin am 16. Juni der Fall sein wird. Nach der Wahl wird man freilich anders reden, wenn man die Macht dazu hat.

Darum verteidige das Volk in den geschlossenen Räumen des Wahlgeheimnisses seine Rechte: es bewege das Wahlgeheimnis zur Erhaltung des gleichen Wahlrechts, denn dieses vor dem Umsturz durch die Staatsrechtspolitik zu bewahren ist „eine sittliche, eine ethische Pflicht“.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 22. April 1903

Das Phosphorgebiet mit Hindernissen.

Bg. Berlin, 22. April. Am Mittwoch beschloß sich der Reichstag nach rascher Erledigung einiger Nebenangelegenheiten — wobei Herr Passbach nicht mit Unrecht nochmals auf die Unrentabilität österreichischer Eisenbahnen hinwies — mit dem Phosphorgebiet, das — endlich, endlich! — die gesundheit- und lebenserhaltende Verwendung weißen und gelben Phosphors zur Säurewareherstellung verbietet. Die Kommissionen erwähl die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage unter Zugrundelegung einer Resolution, welche auf Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten für

die durch das Phosphorverbot brotlos werdenden Arbeiter dringt. Allgemein erwartet wurde eine rasche Erledigung der längst spruchreifen Angelegenheit; da fanden die „bedrohlichen“ Interessen einiger Zündholzfabrikanten einen feurigen Vertreter in dem — frommen Zentrum, welches großen Wert darauf zu legen scheint, noch unmittelbar vor den Wahlen sein wahres sozialpolitisches Gesicht zu enthüllen.

Nicht genug damit, daß der ultramontane Zündholzfabrikant Schätgen eine wahre Salbe fauler Wiße gegen das verhasste Gesetz losließ — u. a. erzählte er, daß die phosphorfreien schwedischen Streichhölzer sich nur zum Ansteden feiner Savanas eignen —, ein offizieller Zentrumsführer, der Dr. Pichler, rückte mit einem Antrage heraus, der nichts geringeres bezweckte, als die Vorlage für die jetzige Session wenigstens überhaupt zu begraben; die Vorlage, forderte der hochwürdige Herr, sollte von der Beratung abgesehen und dafür die Regierung um „Erhebungen“ ersucht werden! Auf Genossen Singers kräftige Reklamation sah sich selbst Graf Ballestrem genötigt, gegen das frivole Spiel seines Fraktionsgenossen einzuschreiten; während der Drucklegung des famosen Antrags Pichler wurde mit der Beratung des Phosphorgebietes fortgefahren. Mit anerkannter Energie trat Staatssekretär Graf Posa domsky den schätigen Ausführungen entgegen, wies dessen unbegründete Angriffe auf das neue giftfreie Schwinnische Verfahren zurück und betonte unter dem lebhaften Beifalle unserer Fraktion, daß kein Unternehmer ein Recht darauf besitzt, auf Kosten von Gesundheit und Leben seiner Mitmenschen ein gewinnbringendes Geschäft zu betreiben.

Genosse Wur m schilderte an der Hand ebenso eingehender wie objektiver Berichte die entsetzlichen Verheerungen, welche die Phosphornekrose anrichtet, jene tödliche Krankheit, die nicht nur unter den Phosphorfabrikarbeitern selbst, sondern auch unter den Nachkömmlingen gefährdet. Natürlich wies auch unser Fraktionsredner die Entschuldigungsansprüche der Fabrikanten als völlig unberechtigt mit dem Prinzip der ganzen sozialen Gesetzgebung zurück. Genosse Kramer ergänzte unter spezieller Bezugnahme auf darmstädtische Verhältnisse, besonders auf die elenden in den dortigen Fabriken gezahlten Löhne, die Ausführungen Wurms. Ebenfalls für Annahme der Vorlage sprachen sich aus Dr. Dertel — der Vorliegende der Kommission, der nicht ohne Humor sprach — und Pauli-Oberbarnim für die Rechte, Münch-Ferber für die Nationalliberalen und Trimborn für einen Teil des Zentrums, dierteil Herr Dr. Pichler seinen langamigen Erhebungs-rechts Ver-schleppungsantrag mit mittelständischen Klauen begründete und Dr. W i e m e r, der mandatsergläubige Richter-schüler, zwar nicht gegen das Gesetz im ganzen sprach, aber doch für die armen Fabrikanten eine runde und nette Entschädigungssumme herauszuschlagen suchte.

Im wohlwollenden Gegensatz zum volkswidrigen Halb-bender sprach Herr Schröder von der Freisinnigen Vereinigung sich gegen die Gewährung einer Entschädigung aus. Genosse Reichhans betonte noch einmal die völlige Unverträglichkeit des Entschädigungsanspruchs mit den Prinzipien sozialer Fürsorge und Gerechtigkeit und rief dem Zentrum die so wenig zur Schau getragene Marke der Unrentabilität vom Geier. Dann machte der Unternehmenskämpfer Dr. Pichler noch einmal den Versuch, die Fabrikanten herauszuschlagen, was sich herauszuschlagen zu lassen ihnen er beantragte, das Gesetz erst am 1. Januar 1911, statt wie die Vorlage will, am 1. Januar 1906 in Kraft treten zu lassen. Doch fiel dieser zweite Verschleppungsantrag wie der erste derselben Firma, desgleichen der Entschädigungsantrag Wiemer, obwohl nicht der „Demokrat“ Gausmann ihn unterstützte. Andererseits wurde auch unser Antrag, das Gesetz schon am 1. Januar 1906 in Kraft treten zu lassen, gegen die Stimmen unserer Fraktion der sich mit der Freisinnigen Schröder angelehnt, abgelehnt. Die Vorlage wurde somit in der unveränderten Regierungsvorlage angenommen. Am Donnerstag beginnt die zweite Sitzung der Reichstagskommissionen.

Aus dem preussischen Landtag.

Bg. Berlin, 22. April. Das Abgeordnetenhaus arbeitet jetzt mit demselben Eifer auf. Die Schindler-Vorlage wurde ohne jede Debatte in zweiter Sitzung angenommen. Dann kamen mehrere kleine Gelegenheitsdebatten von mehr lokaler Bedeutung zur Beratung. Die zur Vorlage räumte der Bundesrat die von Frankfurt a. M. das Recht zum Erlass besonderer Vorschriften für die Benutzung und Benutzung ebendieser sogenannten Weiswasserwerke an und wurde eine Kommissionsberatung angenommen. Eine zweite Vorlage der Reichstagskommission an den Reichstag, die auf Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten für

Arbeiter, Parteigenossen! Heute abend 8 Uhr: Alle nach dem „Luisenpark“! Frauen haben Zutritt!

Provinz Hessen-Nassau Geltung hatten, bezweckt, wurde ebenfalls in erster und zweiter Lesung angenommen.

Deutschland.

Berlin, 23. April. In der gestrigen Sitzung des Bundesrats wurde dem Ausichtsbekanntmachung über den Entwurf eines Gesetzes wegen Festsetzung eines Nachtrages zum Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1903 die Zustimmung erteilt.

Dem Reichstage ist eine Denkschrift über die weitere Anbahnung von Reservefonds bei den gewerblichen Berufsvereinigungen zugesandt.

Die Aufrechterhaltung des § 2 des Jesuitengesetzes scheint gesichert. Jetzt wird aus Karlsruhe gemeldet, daß die badische Regierung ihren Gesandten beim Bundesrat angewiesen habe, gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes zu stimmen.

Nicht etwa nur das Zentrum, sondern ebenso die Freisinnige Volkspartei, die Nationalliberalen, die Antijesuiten und die Konservativen hatten die Beibehaltung des § 2 verlangt.

Die Zahlkandidatur des Erzebischofs. Die Wahlkandidatur des Erzebischofs (Konstantin) (Nationalliberal) im süddeutschen Wahlkreise Auerbach-Kitzingen haben nach dem „Bor.“ in einer Versammlung dem Vorsitz ihrer Ausschüsse zugestimmt und beschlossen, die Kandidatur des Grafen von Hohenhausen zu unterstützen.

Die neuen Handelsverträge. Der verhandelt, die sich über die neuen Handelsverträge (Konstantin) (Nationalliberal) im süddeutschen Wahlkreise Auerbach-Kitzingen haben nach dem „Bor.“ in einer Versammlung dem Vorsitz ihrer Ausschüsse zugestimmt und beschlossen, die Kandidatur des Grafen von Hohenhausen zu unterstützen.

Die neue Militärvorlage wird ihre Schattenseiten. So werden die „Berl. Tagebl.“ aus militärischen Kreisen eine ganze Reihe Mängel übermitteln, deren teilweise Erfüllung als notwendig ist.

Die neue Militärvorlage wird ihre Schattenseiten. So werden die „Berl. Tagebl.“ aus militärischen Kreisen eine ganze Reihe Mängel übermitteln, deren teilweise Erfüllung als notwendig ist.

Zur Frage der zweijährigen Dienstzeit. An den Norddeutschen des 1. u. 5. u. 10. April.

Massenpensionierung von Offizieren. Der Reichstag hat abgesehen vom 13. April.

majora zur Disposition gestellt worden. Die „Berliner Tagebl.“ macht sich bekanntlich finanziell außerordentlich fühlbar.

Die Uebernahme der Volksschulasten auf den Staat ist in einem Antrage verlangt, der wie unsern Mainzer Parteiblatt entnehmen — der hessischen Kammer zugegangen ist.

Korum der Siegreiche. Die „Trierische Landeszeitung“ verlangt, daß die katholischen Eltern ihre Kinder von der staatlichen Töchterchule in Trier fernhalten, selbst wenn diese einen katholischen Religionslehrer erhält.

Unbeglaubigter Speck. Der deutsche Botenbote Speck von Surauburg befindet sich nach Blättermeldungen infolge Ausbleibens seines Beglaubigungsbriefes in unangenehmer Lage, da er vorläufig hinter allen andern hiesigen Vertretern fremder Staaten rangiert, mit Ausnahme der Gesandten von Venezuela, Uruguay, China und San Domingo.

Sonneneubedürftige Seefadetten. Das „Möln. Tagebl.“ erhält aus Odeve eine Zuschrift, wonach sich dort ein Seefadett gelegentlich seines Diensturlaubes gegenüber Soldaten ähnlich aufgepielt hat, wie in Offen der Hüpfers. Er stellte einen Einjährigen wegen des Größens derart zur Rede, daß ein Aufstand entstand; jener pflanzte er sich breihsüchtig in der Tür eines Restaurants auf, um über die vorübergehenden Soldaten Beschäftigung wegen ihrer Ausbildung in der militärischen Ehrenbeziehung zu halten, die er durch zahlreiche Anrangungen von Soldaten beliebte. Auf einer andern Straße hielt er einen Soldaten, der sein Portepaé übersehen hatte, an und zwang ihn, das vorgezeichnete Honour zwanzigmal auf offener Straße zu machen. Ein solches Verhalten ist ja „harte, harte Soldatenpflicht“.

Im Lande des Königs Georg. Die große Wohlthatung. Nach Meldung der „Chemn. Allg. Sta.“ soll der Kronprinz sehr geneigt sein, sich mit seiner künftigen Gemahlin auszuzeichnen und nicht damit zufrieden sein, daß der König in seinem bekannten Erlass von der „langst im stillen tief gefallenen Frau“ redet. Interessant ist, daß die hochkonservativen „Preuss. Nachrichten“ einen scharfen Artikel veröffentlichten, in dem es u. a. heißt:

Die Gemahlin des Königs ist in der letzten Zeit aber keineswegs bedacht worden durch die notwendigen Schritte offizieller Art, um die Aufwärmung der Dürftigen Erleichterung zu bewerkstelligen. Es mag eingewendet werden, daß mit dem gedachten Bescheid die Arbeit weniger als glücklicher Weg sein würde, sich dem Könige nicht auf einen anderen Gedanken zu verweisen. Die Behauptung, daß die Krone nicht etwa nur die Bekämpfung der Armut zu ihrem Zweck hat, ist unzutreffend. Gegen das, was unsrer Tage, Gemahlinen alle befürchten und gewöhnen, ist nicht, daß die Krone die Bekämpfung der Armut zum Zwecke hat, ist nicht, daß die Krone die Bekämpfung der Armut zum Zwecke hat, ist nicht, daß die Krone die Bekämpfung der Armut zum Zwecke hat.

Die Gemahlin des Königs ist in der letzten Zeit aber keineswegs bedacht worden durch die notwendigen Schritte offizieller Art, um die Aufwärmung der Dürftigen Erleichterung zu bewerkstelligen. Es mag eingewendet werden, daß mit dem gedachten Bescheid die Arbeit weniger als glücklicher Weg sein würde, sich dem Könige nicht auf einen anderen Gedanken zu verweisen. Die Behauptung, daß die Krone nicht etwa nur die Bekämpfung der Armut zu ihrem Zweck hat, ist unzutreffend. Gegen das, was unsrer Tage, Gemahlinen alle befürchten und gewöhnen, ist nicht, daß die Krone die Bekämpfung der Armut zum Zwecke hat, ist nicht, daß die Krone die Bekämpfung der Armut zum Zwecke hat.

Österreich-Ungarn.

Der Reichstag in Wien. In der Sitzung des Reichstages in Wien wurde der Antrag des Abgeordneten v. Rieger betreffend die Befreiung der Bauern von der Grundsteuer angenommen.

Die politische Lage in Ungarn. In Wien wird die politische Lage in Ungarn als schwierig bezeichnet.

Die politische Lage in Ungarn. In Wien wird die politische Lage in Ungarn als schwierig bezeichnet.

gerichtet, in welchem gesagt sei, daß er Dokumente an das Ausland geliefert habe, und das eine angebliche Handbemerkung des deutschen Kaisers enthalten solle. Drehsus weist in seinem Brief auf den angeblichen Mißbrauch hin, der in den Prozeßverhandlungen gegen ihn mit diesem gefälschten Schriftstück getrieben worden sei, und sagt, es sei Pflicht der Regierung, derartige Vorkommnisse zu untersuchen.

Die Aufhebung der Spielschellen. Die liberal-sozialistische Mehrheit des Gemeinderates führte eine Erhöhung der Einkommensteuer ein, mit der die Klerrikalen nicht zufrieden waren. Der Minister des Innern intervenierte zu ihren Gunsten, worauf einige liberale Gemeinderäte ihre Demission einreichten, wodurch die Klerrikalen die Mehrheit erlangen und diesen nun die Verantwortung zugeschoben wird.

Das Schicksal des Albanesen Ibrahim. Der Neuen Freien Presse wird aus Alessandria gemeldet: Die Nachricht, daß der Mörder des russischen Komjuts Schischerbina, der Albanese Ibrahim bereits zum Tode verurteilt sei, ist falsch. Ibrahim wird mit seinen Mithschuldigen, einem albanesischen Gemüthsheiler aus Mitrovica, erst am Sonnabend nach Alessandria gebracht und hier erst vor Gericht gestellt werden.

Marokko. Vom Schauplatz des Bürgerkrieges. Eine Privatdepesche aus Tanger meldet, der Befehl, daß die Fremden aus Marokko verlassen sollten, sei zurückgenommen. Der Präsident werde eine Expedition für das Rifgebiet erteilen.

Amerika. Das neue Einwanderungsgesetz vom 3. März d. J. sieht eine Steuer von 8 Mark pro Kopf der fremden Einwanderer vor; bis jetzt wurden nur 4 Mark pro Kopf erhoben. Ferner werden von dieser Steuer auch alle diejenigen Fremden betroffen, welche auf dem Wege der Eisenbahn oder sonstwie per Land in die Vereinigten Staaten einreisen; die bisherige Steuer bezog sich nur auf die per Schiff Einwandernden. Von der Steuer ausgenommen sind die Bürger von Cuba, Mexiko und Kanada und diejenigen, welche nur vorübergehend in den Vereinigten Staaten sich aufhalten. Im übrigen enthält das neue Gesetz die früheren Bestimmungen, wonach Verbrecher, Geisteskrante, die mit gefährlichen oder ansteckenden Krankheiten Behafteten nicht zugelassen werden. Ferner sind von der Einwanderung ausgeschlossen die Anarchisten. Verboren ist auch die Einquartierung von Arbeitern, mit denen Arbeitsverträge im Ausland abgeschlossen worden sind.

Kleine politische Nachrichten. Der Erste Bürgermeister von Königsberg ist in das Herrenhaus berufen worden. Die Sitzung des Internationalen statistischen Instituts wird nach dem Beschluß des Organisationskomitees vom 21. bis 25. September in Berlin stattfinden. Der König von Italien hat die Ernennung Morinis zum Minister des Meeres und des Kontreadmirals Bettolo zum Marineminister unterzeichnet. Einer Meldung aus Sutaraj zufolge ist dort einer der beiden von einem Albanesen durch Revolver-Schüsse verwundeten Richter gestorben. Die Araberhäupter der Sahara haben den heiligen Krieg erklärt.

Gewerkschaftsbewegung. Streiks, Lohn Differenzen und Aussperrungen. Schneider. In Regensburg ist der Schneiderstreik durch die Wiederaufnahme der Arbeit beendet, nachdem von den Arbeitgebern eine Verbesserung der Lohnartikelle zugesichert worden ist. Holzarbeiter. In Neu-Ruppin befinden sich die in den Tischlereibetrieben beschäftigten Arbeiter in einer Lohnbewegung. Sie fordern: Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden, Lohnaufschlag von 15 Prozent Zugung von Tischlern, Drechsler und Maschinenarbeitern ist streng fernzuhalten. Maurer. Sämtliche Bauunternehmer Fimmers fürzten die Stundenlöhne der Maurer um 2 Pfennig. Gleichzeitig legten diese den Arbeitern eine Arbeitsordnung vor, die diese binnen 14 Tagen unterchriftlich anzuerkennen hätten, andernfalls sie sich als entlassen betrachten können. Beide Forderungen wurden von den Arbeitern einmütig zurückgewiesen. Textilarbeiter. In Nordhausen legten infolge Mahnung eines Kollegen sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der mechanischen Weberei von Ludwig Cohn u. Co. am Montag vormittag die Arbeit nieder.

Die Akkordmanner. Die Vereinigung der Hamburger Akkordmanner hat mit großer Majorität jede Beteiligung an der diesjährigen Kaiserfeier abgelehnt.

Aus der Parteibewegung. Wir können's uns leisten. Der konservativen Reichstagskandidat Professor v. Wendt hat zugesagt, am Donnerstag abend einer sozialdemokratischen Wählerversammlung in Berlin, in der Beckmann auf dem Dampferberge, beizuwohnen. Unse Genossen haben ihm das Recht, um zehn Stunden ungestört als erster Redner zu sprechen und seine politischen Anschauungen zu verteidigen, ausdrücklich garantiert und versprochen. Hindernisse zu verfechten.

Der beleidigte Bürgermeister. In Rudolstadt habe ich mich mit unserm Sozialdemokratischen Parteiblatt auseinandergesetzt und in demselben eine unterfertigte Beachtung der Sozialdemokratischen Wahlen in Rudolstadt geäußert. Ich bin froh, daß Sie sich um die Sache um die Wette um die Wette bemühen, um die Sache um die Wette zu betreiben.

Der beleidigte Bürgermeister. In Rudolstadt habe ich mich mit unserm Sozialdemokratischen Parteiblatt auseinandergesetzt und in demselben eine unterfertigte Beachtung der Sozialdemokratischen Wahlen in Rudolstadt geäußert. Ich bin froh, daß Sie sich um die Sache um die Wette um die Wette bemühen, um die Sache um die Wette zu betreiben.

Der beleidigte Bürgermeister. In Rudolstadt habe ich mich mit unserm Sozialdemokratischen Parteiblatt auseinandergesetzt und in demselben eine unterfertigte Beachtung der Sozialdemokratischen Wahlen in Rudolstadt geäußert. Ich bin froh, daß Sie sich um die Sache um die Wette um die Wette bemühen, um die Sache um die Wette zu betreiben.

Der beleidigte Bürgermeister. In Rudolstadt habe ich mich mit unserm Sozialdemokratischen Parteiblatt auseinandergesetzt und in demselben eine unterfertigte Beachtung der Sozialdemokratischen Wahlen in Rudolstadt geäußert. Ich bin froh, daß Sie sich um die Sache um die Wette um die Wette bemühen, um die Sache um die Wette zu betreiben.

Der beleidigte Bürgermeister. In Rudolstadt habe ich mich mit unserm Sozialdemokratischen Parteiblatt auseinandergesetzt und in demselben eine unterfertigte Beachtung der Sozialdemokratischen Wahlen in Rudolstadt geäußert. Ich bin froh, daß Sie sich um die Sache um die Wette um die Wette bemühen, um die Sache um die Wette zu betreiben.

Deutscher Reichstag.

(293. Sitzung.)

Berlin, 22. April 1903.

Am Bundesratsstich: Graf Posadowsky.
Eine Anzahl Rechnungssachen wird debattelos erledigt.
Es folgt die

Zweite Lesung des Phosphorgegesetzes.

Die Kommission befürwortet Annahme der Regierungsvorlage unter Hinzufügung einer Resolution, welche die Regierung auffordert, den durch das Verbot der Verwendung weissen Phosphors brotlos werdenden Arbeitern geeignete Arbeitsgelegenheit zu verschaffen.

§ 1 entfällt das Verbot der Verwendung von weissem oder gelbem Phosphor zur Herstellung von Zündhölzern und andern Zündwaren.

Abg. Schüttgen (Zentr.): Obwohl ich mich für das Wohl aller Arbeiter in meinen Betrieben warm interessiere, kann ich doch für das Gesetz keine Sympathie empfinden. Zahlreiche Arbeiter werden durch das Verbot brotlos gemacht. Man hat hier das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Wenn die geltenden Bestimmungen strikt angewandt werden, kommen keine Erkrankungen vor, wie der warme Arbeiterfreund Fabrikinspektor Börischhoff anerkannt hat. In der Hausindustrie Thüringens freilich werden die Bestimmungen naturgemäß weniger beachtet, daher kommen dort die meisten Erkrankungen vor. Die Schwiemingsche Masse ist in Frankreich zurückgewiesen worden. Bei einer Explosion dieser Masse, deren Herstellungsmethode das Reich jetzt ankaufen will, ist ein Arbeiter total in Stücke gerissen worden. Die Explosionsgefahr ist bei dieser Masse außerordentlich groß. Sind nicht die Fabrik- und Bleiweißfabriken viel gefährlicher für die Arbeiter, als die Fabrikation mit weissem Phosphor? Da die Schwiemingsche Masse nichts taugt, wird man nach dem Verbot der Phosphorfabrikation zu den Schwedenhölzern zurückkehren müssen, die mindestens um ein Drittel teurer sind als die Phosphorhölzer und die gut sein mögen, um im Zimmer eine Savanna-Zigarre damit anzulassen, die im Freien aber versagen. Ich möchte doch das hohe Haus bitten, unserer Industrie nicht zu sehr in den Weg zu treten. Hier ist es Zeit, endlich zu sagen: *Deutscher Michel, mach' auf!*

Präs. Graf Baller verliest einen inzwischen eingegangenen Antrag **Pächler** (Zentr.) und Genossen, die Weiterberatung der Vorlage auszusagen und den Reichstanzler zu ersuchen, Erhebungen über die Phosphorerkrankungen anzustellen.

Abg. Singer (Soz.) (zur Geschäftsordnung) bittet den Präsidenten, den Antrag dem Haupte gedruckt vorzulegen und eventl. die jegliche Beratung bis zur Drucklegung auszusagen.

Präs. Graf Baller erklärt das Verlangen nach einer Drucklegung des Antrags **Pächler** für berechtigt, glaubt aber, daß es sich empfehle, vorberhand in der Beratung des Entwurfs fortzufahren.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich glaube, das ganze Gaus ist sich darin einig, daß es sich hier um eine der gefährlichsten Industrien handle und daß man daher eine Verzögerung dieses Gesetzes nicht in Aussicht nehmen sollte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich hätte dringend gewünscht, daß dieser Gesetzesentwurf schon früher zu Stande gekommen wäre. Ich habe hier zwei Briefe von Ärzten, die in ergreifender Weise die Wirkung dieses Fabrikationszweigs darstellen. Die Phosphorneurose wirkt degenerierend nicht nur auf die Arbeiter in den Betrieben selbst, sondern auch auf ganze Geschlechter. Treten doch bei den Kindern von Phosphorarbeitern und Arbeiterinnen Knochenerkrankungen ohne jede äußere Verletzung ein, weil das ganze Knochenystem total erblich entartet ist. Daher ist denn auch in den meisten Staaten die Fabrikation von Zündwaren mit Phosphor durchaus verboten. Den Behauptungen von der leichten Explosionsfähigkeit der neuen Zündmasse muß ich auf Grund der Gutachten von Sachverständigen auf das entschiedenste entgegenzutreten. Die Kommission hat sich ja auch an Ort und Stelle von dem Gegenteil überzeugt.

Was die Entschädigungsfrage betrifft, so sind wir der Meinung, daß niemand ein verbrieftes Recht darauf hat, zum

schwersten Schaden seiner Mitmenschen ein gewinnbringendes Gewerbe zu betreiben. Wenn wir jeden entschädigen wollten, der durch sozialpolitische Verordnungen zu Schäden von Leben und Gesundheit seiner Arbeiter verurteilt wird, dann kann jede sozialpolitische Tätigkeit überhaupt eingestellt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich kann positiv erklären, daß das Gesetz die Zustimmung der verbündeten Regierungen nicht erhält, wenn es mit Entschädigungen verknüpft wird — Ich bin nie der furchtbaren Eindringlichkeit geworden, den auf mich als Knabe die Unterfrier weggerissen waren, gemacht bei Zugener zu wollen, daß Phosphordämpfe die schädlichsten Wirkungen hervorbringen, das heißt die Sonne am hellen Tage leugnen! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wurm (Soz.): Der Verwirklichungsantrag des Zentrums, durch den man das dringend notwendige Gesetz zum Fall bringen will, ist sehr bezeichnend für die sonderbare Arbeiterfreundschaft dieser Partei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein Regierungsrat, Dr. Hölzer, hat den Mut gehabt, darauf hinzuweisen, wie unangenehm die Angaben der von den Fabrikanten abhängigen Fabrikärzte über die Phosphorneurose sind. Ueber die furchtbaren Folgen der erblichen Neurose sprach schon Graf Posadowsky. Schon der bloße Aufenthalt in den Räumlichkeiten, in denen weisser Phosphor hergestellt wird, ist gefährlich, weil der Phosphor verdunstet und der Dampf an und für sich Giftstoffe enthält. Dazu kommt, daß infolge ihrer ungünstigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse die Phosphorarbeiter von vornherein für eine solche Krankheit prädisponiert sind. Wie kann es da das Zentrum vor seinem Gewissen verantworten, daß eine so gefährliche Industrie auch nur noch eine Stunde länger existiert? Man wird es sich im Laufe der Zeit merken, daß jetzt das Zentrum in letzter Stunde als Anwalt der kräftigsten Unternehmerinteressen auftritt; man wird dies Ruhmesblatt zu den übrigen sozialpolitischen Vorbeben des Zentrums hinzuzählen. Im Gegenzug zum Zentrum haben wir schon vor 4 Jahren den Antrag auf Verbot der Weißphosphorfabrikation gestellt.

Die Schwiemingsche Masse ist weniger leicht entzündbar als der weisse Phosphor, dafür ist sie aber ungiftig. Zwar nicht an weichen Geweben, wohl aber an den harten Geweben, wie sie die armen Leute tragen, entzündet sich auch die Schwiemingschen Zündhölzer. — Die Schwiemingsche Methode zeichnet sich durch ungeschickte, man möchte fast sagen lächerliche Einfachheit aus; es handelt sich dabei nur um das Durchwandern durch feuchte, nicht explosive Massen.

Den Herrn, die sich dem vorliegenden Gesetz widersetzen, ist es keineswegs um die Fortdauer der Weißphosphorfabrikation — deren Verbot die Entschädigungen zu tun. Die Gewährung einer Entschädigung wäre ein Schlag ins Gesicht unserer ganzen sozialen Gesetzgebung und würde die soziale Gesetzgebung zu einem Laichhohle machen. Wie die Entschädigung der Arbeiter aussieht, haben wir ja beim Sacharinsgesetz gesehen. Dort hat man gesagt, die Arbeiter wären nicht wegen des Sacharinsverbotens, sondern schon vorher aus andern Gründen entlassen. Herr Schüttgen erzählte von einem Arbeiter, der durch die Explosion der Schwiemingschen Masse getötet sei. (Zuruf des Abg. Schüttgen: Einer ähnlichen Masse!) Eine ähnliche Masse kann die hundertfache Explosionsgefahr haben. Die neue Methode ermöglicht die Herstellung einer Zündmasse, die allen Anforderungen entspricht, welche man vom Standpunkt des Arbeiterinteresses erheben muß. Mit dem Inkrafttreten darf aber nicht bis 1908 gewartet werden. Vor allem bitte ich um Ablehnung des Antrags **Pächler**. Es wäre ein Skandal, wenn dieser Antrag angenommen wäre. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Pächler (Zentr.): Es kommen nicht viel Erkrankungsfälle von Phosphorneurose vor, im Jahre etwa 6—9. Wie schwer die Krankheitsfälle sind, wissen wir nicht. Diese Kenntnis ist aber notwendig, wenn man zum Verbot einer Industrie übertritt, die so viele Arbeiter beschäftigt. Es gibt Fälle von Phosphorneurose, die durch eine leichte Operation zu heilen sind. Wo ist denn die Allgemeinheit, die unter den jetzigen Verhältnissen leidet?

Abg. Dr. Pächler (Zentr.): Es kommen nicht viel Erkrankungsfälle von Phosphorneurose vor, im Jahre etwa 6—9. Wie schwer die Krankheitsfälle sind, wissen wir nicht. Diese Kenntnis ist aber notwendig, wenn man zum Verbot einer Industrie übertritt, die so viele Arbeiter beschäftigt. Es gibt Fälle von Phosphorneurose, die durch eine leichte Operation zu heilen sind. Wo ist denn die Allgemeinheit, die unter den jetzigen Verhältnissen leidet?

Geheimrat Dr. Sprenger: Die Phosphorneurose selbst ist erst das schreckliche Ende einer Reihe von Krankheiten, die als Wirkungen der Phosphorbergiftung vom Arzte nicht erkannt werden können.

Abg. Kramer (Soz.): Eine Versammlung von Arbeitern der Zündholzfabrikation in Darmstadt erklärte sich mit der Vorlage einverstanden. — Eine Entschädigung gehörte vor allem den unglücklichen Opfern, den von der Neurose verfallenen Arbeitern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Gesetz sollte sofort in Kraft treten; man sollte nicht abwarten, daß die schreckliche Krankheit bis 1908 noch viele neue Opfer fordert. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Pauli-Oberparium (Rp.): Die Gewährung einer Entschädigung an die Fabrikanten halten wir nicht für gerechtfertigt.

Abg. Dr. Dertel (Soz.): Zuerst war ich ein Gegner des Gesetzes, durch die Kommissionsberatungen bin ich aus einem Saules zu einem Paulus geworden. (Heiterkeit.) Wir haben in der Kommission das Schwiemingsche Verfahren eingehend geprüft. Wir haben so viele Tiergärten hinausgezogen, daß die Dämpfe aus dem Fenster nach dem gewahren ist unmöglich. Den Antrag **Pächler** bitte ich als unannehmlich abzulehnen. Es handelt sich hier um die Erfüllung einer sittlichen Pflicht. (Heiterkeit.)

Staatssekretär Graf Posadowsky weist gegenüber dem **Abg. Pächler** darauf hin, daß die Gewerkschaftsbeamten schon seit Jahren auf das dringende Bedürfnis hingewiesen haben, die Weißphosphorfabrikation zu verbieten.

Abg. Dr. Wiemer (Freih. Bp.): Ein Verbot des weissen Phosphors muß mit einer Entschädigung an die Fabrikanten und Arbeiter verbunden sein. Selbst Herr Wurm hat zugegeben, daß das neue Verfahren keinen genügenden Ersatz für das alte bildet. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wir beantragen deshalb eine Entschädigung zu gewähren.

Abg. Münch-Ferber (natl.): Es ist ein großer Vorteil, daß die Schwiemingschen Streichhölzer schwerer entzündbar sind. Beim Spielen der Kinder mit Streichhölzern werden auf diese Weise weniger Unglücksfälle vorkommen. Ich bitte Sie dringend, dem Entwurf zuzustimmen.

Abg. Trimborn (Zentr.) spricht sich im Namen eines Teiles des Zentrums für das Gesetz aus und gegen den Antrag **Pächler** auf Anstellung noch weiterer Erhebungen.

Abg. Schrader (Freih. Bp.) spricht sich für die Vorlage aus und erklärt sich gegen die Gewährung einer Entschädigung.

Abg. Reishaus (Soz.) erklärt sich gegen die Gewährung einer Entschädigung. Für die Hausindustriellen in Rensselaer am Kennsteig muß anderweitige Arbeitsgelegenheit geschaffen werden. Ich will die menschliche Regierung nicht verteufeln, aber vielfach hat auch zu dem Weiterbestehen der verbotenen Fabrikationsmethode beigetragen die Art und Weise, wie die Seimarbeiter die Aufsichtsbekanntgebungen genützt haben. Der Antrag **Pächler** ist ein wahrer Disstruktionsantrag. (Große Unruhe im Zentrum.) Ganz unmögliche Erhebungen werden darin verlangt. Beim Postamt, wo wirklich Erhebungen im Interesse des Volkswohls notwendig waren, hat das Zentrum sich auf das rätschlosigste über die Notwendigkeit hinweggesetzt. Lüster Sie (zum Zentrum) nur immer in dieser Weise Ihre Masse! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hamsann-Baltingen (südd. Bp.) erklärt sich für den Antrag **Wiemer**.

Damit schließt die Diskussion.
Der Antrag Dr. Pächler (Zentr.), Aussetzung der Verhandlung und Veranstellung von Erhebungen wird gegen einen großen Teil der Zentrum abgelehnt. § 1 wird mit großer Mehrheit angenommen ebenfalls § 2.

Der Antrag Dr. Wiemer (Freih. Bp.) auf Entschädigung der Fabrikanten und Arbeiter wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, der Volkspartei und einiger Nationalliberalen und Zentrumsgewählten abgelehnt.

Zu § 3 ist inzwischen noch ein Antrag **Dr. Pächler** (Zentr.) eingegangen, die Vorschriften des § 1 Abs. 2 (Verbot des Verkaufs von

Nichtpreussische Parteigenossen! Erwerbt das preussische Staatsbürgerrecht.

Fenilleton.

Nachdruck verboten.

Kenilworth.

Roman von Walter Scott.

Aus dem Englischen überetzt von E. von Hohenhausen, durchgesehen und bearbeitet von S. Pedersen-Weber.

(108. Fortsetzung.)

„Willst Du mich in meiner Not verlassen, Janette,“ sprach die Gräfin.

„Guch verlassen, gnädige Frau?“ rief Janette, und zu ihrer Gebieterin zurückkehrend, drückte sie tausend Küsse auf ihre Hand. „Guch verlassen? Meine Hoffnung auf Gott mag von mir weichen, wenn ich das tue. Nein, gnädige Frau, mit Recht habt Ihr gesagt, daß Guch Gott einen Pfad zur Rettung zeigen wird. Es gibt einen für Guch; ich habe Gott Tag und Nacht gebeten, daß er mir den rechten Pfad zwischen meiner Pflicht zu Guch und der gegen jenen unglücklichen Mann zeige; ein schreckliches und helles Licht ist mir darüber aufgegangen und ich darf die Tür nicht verschließen, welche Gott öffnet. Fragt mich nicht weiter, ich werde gleich wieder hier sein.“

Mit diesen Worten hülfte sie sich in ihren Mantel, sagte zu der alten Frau, welche im Vorzimmer war, daß sie zum Abendgöbel ginge, und verließ das Haus.

Unterdessen war ihr Vater im Laboratorium angekommen, wo er die Gehülfen seines beabstichtigten Verfahrens fand. „Hat der schöne Vogel genippt?“ fragte Wamen, während der Astrolog mit seinen Augen dieselbe Frage ausdrückte, ohne ein Wort zu sagen.

„Sie hat nicht getrunken, und soll auch aus meiner Hand nicht trinken,“ rief Foster. „Soll ich in Gegenwart meiner Tochter zum Mörder werden?“

„Haben wir Dir denn nicht gesagt, Du mürrischer, schwärherziger Sklave,“ antwortete Wamen mit Bitterkeit, „daß hier von keinem Mord, wie Du es mit starren Blicken und bebender Stimme nennst, die Rede ist; sondern nur von einem kurzen Hebelöfinden, wie es ein Weib wohl aus Laune heuchelt, weil es das Nachtzeug um Mittag trägt und still liegt, wo es häusliche Geschäfte tun sollte. Hier ist ein ge-

lehrter Mann, der Dir das alles bei dem Schlüssel zum Schlosse der Weisheit zuschwören wird.“

„Ich schwöre Dir,“ sagte Maske, „daß das Elzter, welches in dieser Flasche sich befindet, das Leben nicht in Gefahr bringt, ich schwöre es Dir bei der unzerstörbaren Quintessenz des Goldes, die alle Substanzen in der Natur durchdringt, obgleich ihr geheimes Dasein nur durch den ergründer werden kann, welchem Trismegistus den Schlüssel der Sabala übergibt.“

„Das ist ein starker Eid,“ sagte Wamen. „Foster, Du wärest ärger als ein Heide, wenn Du nicht daran glauben wollest. Glaube mir übrigens, der ich nur bei meinem eignen Worte schwöre, wenn Du nicht gefügig bist, so ist keine Hoffnung vorhanden, daß Dein Pachtgut in ein Freigut verwandelt wird. Maske läßt Dein altes Zinn unverwandelt, und ich, ehrlicher Antony, lasse Dich immer und ewig meinen Pächter sein.“

„Ich weiß nicht, was Ihr Herren für Absichten habt,“ sagte Foster; „aber in einem Stück bin ich fest. Es mag gehen wie es will, es soll jemand in diesem Hause für mich beten können, und das muß meine Tochter sein. Ich habe viel Böses getan und das Weltliche zu hoch geachtet, sie ist aber noch so unschuldig, wie sie im Schoße ihrer Mutter war, und sie wenigstens soll ihren Anteil an jener glücklichen Stadt haben, deren Mauern von Gold und deren Straßen mit Edelsteinen gepflastert sind.“

„Das ist ein Paradies nach Deinem Herzen,“ sagte Wamen. „Setze ihm die Sache auseinander, Doktor Maske, ich werde gleich wieder hier sein.“

Wamen stand mit diesen Worten auf, nahm die Flasche vom Tisch und ging aus dem Zimmer.

„Ich sage Dir, mein Sohn,“ sagte Maske zu Foster, sobald Wamen das Zimmer verlassen hatte, „was auch dieser fühne, sittenlose Spötter gegen die mächtige Wissenschaft sagen mag, in welcher ich durch die Gnade des Himmels so weit vorgerückt bin, daß ich nicht den Weisesten auf Erden darin als tiefer erfahre, oder als meinen Lehrer anerkennen möchte. Ich sage Dir, jener Ruchlose mag über Dinge sprechen, welche Menschen, deren Gedanken fleischlich und göttlich sind, kaum zu ahnen vermögen; glaube mir immer, daß jene

Stadt, welche Sankt Johannes schaute, das neue Jerusalem, wovon die Offenbarung erzählt, in welches alle guten Christen zu gelangen hoffen, jetzt bildlich die Entdeckung des großen Geheimnisses voraus, durch das die prächtigsten und vollkommensten Werke der Natur aus ihren niedrigsten und rohesten Stoffen hervorgehen; jowie der bunte schimmernde Samenkeimling, das schönste Kind der Sommerluft, aus dem Kerker einer häßlichen Raupe hervorbricht.“

„Herr Goldforth hat uns die Sache nicht so erklärt,“ sprach Foster zweifelnd. „und, Doktor Maske, die heilige Schrift sagt, daß das Gold und die Edelsteine der heiligen Stadt nicht für die sind, welche Werke der Justiz auf Erden vöhrachten, oder Lügen schmiedeten.“

„Gut, mein Sohn,“ sagte Maske, „und was ksthest Du daraus?“

„Daß,“ verjerte Foster, „diejenigen, welche Gitt bereiten und solches heimlich unterbringen, keinen Teil an jenen unendlich großen Reichthümern haben.“

Der Alchimist erwiderte: „Mein Sohn, Du mußt einen Unterschied machen zwischen solchem Unheil, welches böse Folgen hat, und demjenigen, welches Gutes stiftet. Wenn durch den Tod eines Menschen die ästhetische Zeit uns näher gebracht werden kann, in welcher alles Gute durch den Wunsch seines Daseins hervorgerufen, alles Böse durch den seiner Vernichtung aufhören wird; wo Krankheit, Schmerz und Kummer der menschlichen Weisheit unterworfen sein und auf das leiseste Gebot des Willens entweichen müssen — wenn das Höchste und Beste von jedem zu erreichen sein wird, der ein gehorsamer Schüler der Weisheit ist, wenn alle Arzneikunst in eine Universalmedizin aufgegeben wird, wenn die Weisen zu Königen der Erde werden, vor deren Krone der Tod selbst zurückweichen muß; — wenn diese gesegnete Verkömmung aller Dinge durch einen so geringfügigen Gegenstand, wie den Tod eines gebrechlichen sterblichen Verrers, befördert werden kann, der ja doch früher der Versuchung anheimfällt, und nun nur etwas früher als nach dem Laufe der Natur zum Grabe gelangt, was ist doch ein Dasein gegen die Beschleunigung des Beginnens des tausendjährigen Reichs?“

(Fortsetzung folgt.)

und es sei nicht ausgeschlossen, daß durch den Parteitag den Freisinnigen ebll. die Pflicht auf die Brust gelegt werde, d. h. sie zu zwingen würden, auch schon im Reichstagswahlkampf anständig zu sein. Wären sie das nicht, so würde es verunflächt bei den Landtagswahlen den Sozialdemokraten ganz egal sein, ob hier oder da ein freisinniger Kandidat durchfalle. Dann müßten sie eben für ihre Verräterei büßen.

Gen. Decker ist für den Antrag Gering und hält ein Partieren mit dem Freisinnigen für perverflich. Der Antrag Gobel sei einstimmig abzulehnen.

Nachdem Gen. Gobel nochmals seinen Antrag empfohlen, erhält Gen. M. a. l. das Schlußwort. Er ist aus rein praktischen Gründen für strikte Ablehnung des Antrages Gobel. Ebenso müsse die tatsächlichen Gründe die Ablehnung des Antrages Gering erfolgen. Er ersucht um Annahme seines Antrages. Die Versammlung beschließt mit geringer Majorität demgemäß. Der Antrag lautet:

Die Magdeburger Parteigenossen empfehlen dem preussischen Parteitag folgenden Beschluß bezüglich der preussischen Landtagswahlen: Bei den 17 Wahlkreisen haben die Parteigenossen im ersten Wahlgange nur für sozialdemokratische Kandidaten, im zweiten Wahlgange für diejenige Partei zu stimmen, welche als das „kleinere Uebel“ zu betrachten ist.

Bei der Abgeordnetenvahl haben die der Partei angehörigen Wahlmänner so lange nur für sozialdemokratische Kandidaten zu stimmen, bis diese ausfallen. Von den dann noch zur Wahl stehenden Kandidaten haben die sozialdemokratischen Wahlmänner bei jedem Wahlgange für denjenigen Kandidaten einzustimmen, der von den noch zur Wahl stehenden seiner Parteistellung nach als das geringere Uebel anzusehen ist. — Welches „Uebel“ als das „kleinere“ anzuerkennen ist, bestimmt die Parteiorganisation des Wahlkreises.

Als Delegierte zum preussischen Parteitag werden hierauf die Genossen Markwald, Viktorius und Vonderer gewählt. — Zum Punkt „Verstärkendes“ teilt Gen. Viktorius mit, daß er beim Magistrate einen Antrag auf doppelte Ausfertigung der Reichstagswählerlisten gestellt hat. — Auf Anregung des Genossen Langen soll künftig bei stattfindenden Flugblattverbreitungen öffentlich zur Beteiligung aufgefordert werden. — Mit der Aufforderung, energisch zum Wahlfonds zu Steuern, wurde die Versammlung 11 Uhr geschlossen.

Das Begleit Schreiben des Kriegerbundes. Wie wir berichteten, hat der Kriegerbund kürzlich ein sozialdemokratisches Flugblatt, nämlich unsern Artikel „Wilhelm — der Große?“ zu Propaganda-Zwecken verbreitet, so daß die sozialdemokratische Parteileitung in der Lage war, das zu dem gleichen Zweck bereits bewilligte Geld für andre agitatorische Zwecke zu reservieren. Mit den zur Verteilung bestimmten sozialdemokratischen Flugblättern bekamen die Mitglieder des Kriegerbundes ein Begleit Schreiben, in dem es heißt:

Unser überwinden wir Ihnen den Abdruck eines in der „Volkstimme“ vom 17. 3. 1903 erschienenen Artikels „Wilhelm — der Große?“, welcher zeigt, wie man auf sozialdemokratischer Seite darzulegen, was uns am teuersten, in rohester Weise zu beschimpfen mag. Dieser Artikel ist ein neuer Beweis dafür, daß wir in unferer fahrgemäßen Pflicht nicht erlahmen dürfen, die Sozialdemokratie, wo es nur immer angeht, auf das entschiedenste zu bekämpfen und nicht zuzulassen, was derselben in irgendwie Vorzug leisten könnte. Ein derartiges Pamphlet muß niedriger gehängt werden; alle Kameraden müssen deshalb Kenntnis davon erhalten und ihrerseits zur Verbreitung desselben beitragen, damit alle Welt sieht, mit welchem Geiste sie es in der Sozialdemokratie zu tun hat. Wir fügen deshalb Exemplare mit der Bitte bei, dieselben an Freunde und Bekannte weiterzugeben. Desgleichen legen wir ein Exemplar bei unter dem Titel „Die vaterländischen Aufgaben der deutschen Kriegervereine“ mit dem Ersuchen, bei der nächsten Reichstagswahl eingehend den Dr. Majewski im Fahnenred gelobten Treue Ihre Stimme keinem Kandidaten der sozialdemokratischen Partei zu geben. Im übrigen schließen wir uns der in beiegter Schrift enthaltenen Bitte an.

Da alle politischen Aktionen der Kriegervereine, wenn auch wider Willen der Urheber, bisher der Sozialdemokratie Vorjudub geleistet haben, sind die Bemerkungen des Schreibens gerade kein Beweis kluger politischer Taktik. Wie gering übrigens das Vertrauen zu der „Dr. Majewski im Fahnenred gelobten Treue“ der Reservisten sein muß, beweist die von uns schon gekennzeichnete Unberaumung von militärischen Uebungen auf den Wahltermin.

Die „Partei der Parteilosen“. Bei den Reichstagswahlen von 1898 sind von 11 411 094 Wahlberechtigten im ganzen 7 752 693 gültige und 34 021 ungültige Stimmen abgegeben worden. Es sind also nicht weniger als 3 634 386 Wähler der Wahlurne ferngeblieben. Ein volles Drittel der Wählerchaft hat es nicht für nötig erachtet, das Wahlrecht auszuüben. Die „württembergische Bztg.“ weist darauf hin, daß diese aus fauneligen Wählern bestehende „Partei der Parteilosen“ in der Verantwortlichkeit die größte Partei Deutschlands ist. Und die „Magdeburger Bztg.“ drückt bekümmert folgenden Satz des freisinnigen Blattes ab:

Nur durch das Vorhandensein einer so großen Menge deutscher Wähler, die ihre Wahlrecht vernachlässigen, ist die Sozialdemokratie mit ihren 2 187 076 Stimmen in Stand gesetzt, sich zu brühen, daß ihre Partei über ein Drittel der gesamten Wählerchaft repräsentiert, während tatsächlich nicht viel mehr als der sechste Teil aller Wahlberechtigten für die Sozialdemokratie gestimmt hatte.

Man hofft heimlich darauf, bei den diesmahligen Wahlen die Partei der Parteilosen vor den „Ordnungs“ karren zu können. Damit wäre dann, so deduzieren die württembergischen Kinder, die Sozialdemokratie manüver an die Wand gedrückt. Sie wissen schon jetzt Bombensicher, daß die 3 1/2 Millionen „parteilosen“ Wähler für die „Ordnungs“ männer stimmen werden. Und doch: Wo blies die Partei der „Magdeburger Bztg.“ mittels ihrem Allereinst-Ambidanten Krenndt, wenn sich diese Masse, unter der sich ungezählte Tausende von Arbeitern uito. befinden, einmal auf ihre waltischen Rechte bestimmen würden! —

Achtung, Solzarbeiter! Am Sonnabend den 25. d. M. findet unsere Generalversammlung im „Bürgerhaus“ statt. Näheres siehe Nummer in heutiger Nummer.

Einer unerhörten Rohheit machten sich am Dienstag einige Arbeiter schuldig. In einem hiesigen Blatte wird darüber im Sprechsaal von einem wütenden Rätenischen geschrieben:

In brutaler Weise wurde Dienstag abend gegen 9 1/2 Uhr in der Lüneburgerstraße ein Handwerksbursche geschlagen, der

es allerdings nach Ermahnungen am Morgen vorher, nicht mehr sich im Delizischen Grundstücke einschließen zu lassen, es dennoch zum dritten Male versuchte, in demselben zu nächtigen, nachdem es ihm bereits zweimal gelungen war. Zwei Arbeiter des genannten Hbfu-Verkehrs holten, mit Hilfe eines biffigen Hundes den nach der neuen Kühleweinstube zu Entloshenen ein und schlugen ihn derart, daß nach Aussage von Passanten das fürchterliche Schreien der Mißhandelten weithin zu hören war. Darauf überließ man dem Geschlagenen seinem Schicksal. Jedenfalls hatten die Arbeiter kein Recht, weder ein moralisches noch ein geistliches, in solch unmenschlicher Weise einen Obdachlosen zu misshandeln. Biehmehr wäre es ihre Pflicht gewesen, den mißgünstig Nachtigenden der staatlichen Strafgewalt, d. h. den Polizeiorganen, zuzuführen. kaum mit Tieren pflegt man derart umzugehen, wie es hier mit einem Menschen von Menschen geschehen ist.

Es ist tief bedauerlich, daß sich Arbeiter finden, die in dieser Weise die „Interessen“ ihres Arbeitgebers „vertreten“. Was ging diese Arbeiter es an, wenn ein armer Teufel, der kein Obdach hatte, versuchte, auf dem Grundstück eines reichen Mannes zu übernachten? Zum Verquänen und aus Uebermut verzichtet doch ein Handwerksbursche nicht auf das viel bequemere und angenehme Bettlager! Hui Teufel noch einmal! Wohin soll es führen, wenn sich Arbeiter in blindem Haß oder düsterer Unwissenheit untereinander selbst zerfleischen? —

Schnell mit der Zeit fortgeschritten ist die Magdeburger Postverwaltung. Eine uns gestern zugegangene Postkarte trägt den ominösen Stempel: „Magdeburg, 22. 4. 04.“ Wir gewöhnlichen Sterblichen laufen immer noch rückwärtig, wie wir einmal sind, im alten Jahre 03 herum. —

Im Stadttheater wird heute abend „Der Barbier von Sevilla“ mit August Stammer-Hindermann als Gast gegeben. Als Einlage hat die Sängerin im zweiten Akt der Over den „Schattentanz“ aus „Dinorah“ gewählt. — Am Freitag wird „Madame Scherz“ zum letzten Male in dieser Saison gegeben. — Am Sonnabend geht „Graf Egger“ in Szene.

Provinz und Umgebung.

Börsen, 22. April. (Freisinnige Versammlung.) Am Sonnabend tagte im Saal des „Luiseenthal“ eine von der freisinnigen Volkspartei einberufene Versammlung, die im ganzen von ca. 20 Mann besucht war. Referent war Herr Werken aus Berlin. Genosse Kötter aus Otrava trat dem Freisinnigen mit Erfolg entgegen, worfür ihm in lauten Hais-Rufen der Dank der Versammelten zu teil wurde.

Arnsberg, 22. April. (Ein Schildbürgerstückchen.) Die hiesige Betriebsleitung der Kleinbahn Stendal-Arnsberg scheint sich einem Sparverein angeschlossen zu haben, indem sie bei der jetzt herrschenden Witterung die Ofen aus den Wagen entfernt hat und somit die Fahrgäste der Kälte preisgibt. Die Herren scheinen ihren Weiterprojekten für sich zu haben. —

Da der Krankentassenrentant Herr Reppin gezwungen ist, sein Amt niederzulegen, werden die Mitglieder sich beizeiten nach einem neuen umsehen müssen. —

Ahrensleben, 23. April. (Spät erwischte Spitzhühner.) Ein Einbruchdiebstahl wurde in der Nacht vom zweiten Osterfesttag im vorigen Jahre in den Räumen der Brauerei Geschwinder verübt. Eine in der Wohnung des damaligen Braumeisters (jetzt Direktor) Biegler befindliche Kasse wurde dabei nicht zahalt (Wertpapiere) entwendet. Die Kasse wurde nicht weit vom Latarte geräumt ausgefunden. Trotz eifriger Nachforschungen war es nicht möglich, die Schuldigen zu finden. Erst vor einigen Tagen geschah dieses in Magdeburg, woelbst ein aus Ahrensleben gebürtiger Arbeiter H. Liebe es versuchte, für spätere Zeit fällige Zinskoupons an den Mann zu bringen. Infolge der Verhaftung des jeden weitere Verhaftungen erfolgt sein und zwar werden als Verhaftete genannt: der Arbeiter Hermann Streitport und der frühere Portier Schuhmacher Schrader. Beide sind von L. als Mittäter bezeichnet worden. —

Ursdorf, 22. April. (Auf zur Maifeier!) Am 1. Mai veranstaltet der Radfahrerverein „Freisinn“ hier eine Maifeier, bestehend in einer Versammlung, Spaziergang und anschließendem Komers. Die Versammlung findet nachmittags 4 Uhr beim Gastwirt Gust. Fiedewitz statt. Unzählige Genossen sind hierzu freundlich eingeladen. —

Burg, 23. April. (An die Parteigenossen.) Zu der diesjährigen Reichstagswahl ist die Stadtgemeinde Burg in 11 Bezirke eingeteilt. Die Zugehörigkeit zu den einzelnen Bezirken bestimmt sich nach der Wohnung des Wählers. Um die ausgekellten Wählerlisten auf ihre Richtigkeit prüfen zu können, ist es erforderlich, daß alle in der letzten Zeit vorgenommenen Wohnungsänderungen bis spätestens Sonnabend den 25. d. M. im Einwohner-Meldeamt (Zimmer Nr. 5) angezeigt werden. Die Parteigenossen wollen sich frukt demach richten. —

Gabbe-Ahrensleben, 23. April. Den Wahlkampf aufzunehmen haben am Sonnabend die Parteigenossen in Ahrensleben mit einer Volksversammlung, in welcher Genosse Viktor-Magdeburger über das Thema „Das bevorstehende Volksgericht über die Volkseinde“ referierte. In kurzen Ausführungen schloß sich Genosse Greiner den Ausführungen des Referenten an, worauf Genosse Albert in seinem Schlußwort einen nachdrücklichen Appell an die anwesenden und nicht anwesenden Frauen dahingehend richtete, daß er ihnen empfahl, ihren Männern im Kampfe um die höchsten Rechte treu zur Seite zu stehen. Die Versammlung war von bestem Parteilosem Geiste erfüllt und ihr Verlauf berechtigt zu den größten Hoffnungen. —

Groß-Salze, 23. April. (Flugblattverbreitung.) Die Parteigenossen, welche an der Flugblattverbreitung teilnehmen wollen (höchstens sind das recht viele), werden ersucht, sich am Freitag den 24. d. M. abends 8 Uhr im „Feldschloßchen“ bei J. Wiebe zur Zusammenkunft des Materials einzufinden. Diejenigen, die verhindert sind, treffen sich Sonntag früh 6 Uhr zum Abmarsch nach Stiere an der bekannten Ecke ein. —

Galberstadt, 23. April. (Flugblattverbreitung.) Wie machen unsere Genossen zunächst darauf aufmerksam, daß am Donnerstag keine Wahlvereins-Versammlung stattfindet und die Verbreitung des nächsten Flugblattes an einem Sonntag im Monat Real stattfindet. —

Halle, 23. April. (Die Polizisten zu Angelegen gezwungen werden.) In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde über die Aufstellung eines Polizisten beraten. Dabei wurden die Personalisten der Referenten verlesen. Bei einem dieser Leute war als „Bergeshen“ angegeben, daß er — man bedachte — einen ganzen langen Monat lang keine Anzeige erstattet hatte. Dieses „Bergeshen“ war ihm von dem Leiter des halleischen Polizeibereiches angedeutet worden. Begreiflicherweise erregte diese neue Funktion des Wortes Bergeshen einigermaßen Aufsehen. Ihre Vertreter im Stadtverordnetenkollegium, die Genossen Theile und Schwede erklärten, eine solche Vorweisung für ungesetzlich. Der Bürgermeister gab sich Mühe, das „Bergeshen“ als ein Bergeshen zu entziffern. Das hätte er sich sparen können; denn es ist bekannt, daß ein Polizeibeamter fast überall von seinen Vorgesetzten überhand genommen wird, wenn er keine Anzeigen aufgibt. Nur wird das selten gegeben. —

g. Halle, 22. April. (Das graufame Vaterland.) Ueber einen charakteristischen Vorgang aus der „besten der Welt“ teilt uns unser Korrespondent heute mit: Im Gend zur Verzeihung getrieben war die 32jährige Arbeiterin Anton. Romeranz aus Polen, die heute vor dem Schwurgericht beschuldigt wurde, am Nachmittage des 23. Februar versucht zu haben, ihr 9 Monate altes Kind zu töten. Sie hatte sich mit ihrem Lächterchen vor einen von Giebeln angefaßt kommenden Motorwagen geworfen, um sich und das Kind überfahren zu lassen. Der Wagen wurde jedoch zum Stehen gebracht und dadurch großes Unheil verhütet. Die unglückliche Frau, die sich in Menge in Westfalen mit einem Bergmann aus Galizien verheiratet hat, wurde von dem treulosen Manne, nachdem sie 3 Kindern das Leben geschenkt, im Stiche gelassen. Die P. war der Gemeinde in Menge „lästig“ geworden, da sie eine verkrüppelte Hand besaß und für sich und ihre Kinder nicht arbeiten konnte. Sie wurde, obwohl sie in Preußen geboren ist, aus Deutschland ausgewiesen, weil sie, so deduzierte man, einen Galizier geheiratet habe, und damit österreichische Untertanin geworden sei. Deutsche Beamte brachten die arme Frau mit ihren 3 Kindern an die Grenze und als die unglückliche Familie in Bogth, dem Heimatort des Mannes der P. ankamen, sagte der Gemeindevorsteher dortselbst, Arbeit habe er nicht; wenn die Frau leben wollte, könne sie mit ihren Kindern Betteln gehen!!!

Die Schwerkgeprüfte nahm alle noch vorhandenen Mittel zusammen und fuhr mit ihren drei Kindern nach Halle. Krank, erschöpft, müde und hungrig wurde die Familie in ein leeres Zimmer des Nihil für Obdachlose gesteckt und dann beging die Frau die ihr zur Last gelegte Tat. Ihr Verteidiger, Justizrat Elze, bezeichnete es als eine Grausamkeit, eine deutsche Frau, die zufällig einen Galizier geheiratet habe, mit ihren drei Kindern abzuurteilen. Die unglückliche wurde (Halle liegt in Preußen!) zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, und die Haft wurde in Abrechnung gebracht, Soweit unser Gewährsmann.

Wenn Schiller dieses „Vaterland“ gekannt hätte, würde er sicher nicht geschrieben haben:

Aus Vaterland, aus laure, schlich' dich an!
Das halte fest mit deinem ganzen Herzen!

Heute würde Schiller unserm Heinrich Heine recht geben, der auf solche standalöse Vorgänge im „christlichen“ Staate das treffende Wort prägte:

Ein Fluch dem falschen Vaterlande,
Wo nur gedeihen Schmach und Schande!

Und so wie Heine denken heute Millionen deutscher Staatsbürger.

Keine Nachrichten aus dem Lande. Ein von der Staatsanwaltschaft zu Erfurt schon länger gefuchter Schwänder wurde am Sonntag nachmittag in der Person des Kaufmanns Lüdcke aus Tudebude auf dem Bahnhofe Halberstadt verhaftet. — Montag morgen wurde das aus Wylshaus, Stellung und Scheune bestehende Gehöft des Bäckermeisters Hofmann in Lakerbeck bei Gardelegen ein Raub der Flammen. — Die stattgefundene Eddition der Zeitschrift des Bäckers Homeier aus Dammigkow ergab, daß H. eines gewalttätigen Todes gestorben ist. Es liegt entweder Mord oder Selbstmord vor. Der Kehltopf ist durchschnitten und der Tod durch Erstickung eingetreten, herbeigeführt durch das Blut, das in die Lunge getreten ist. — Von einem schnellen Tode wurde der Badausstalts-Besitzer Reimertz in Köthen ereilt. Als er im Begriff war, an eigener Person ein elektrisches Wasserbad auszuprobieren, wurde er von einem Herzschlage betroffen. — In Helmfedt hat die Ehefrau Weigel den Versuch gemacht, ihre 9jährige Stiefochter in einer Regentonne zu ertränken. Nachher befreiten das unglückliche Kind, das mit dem Kopfe nach unten in der Regentonne saß. Die Frau wurde wegen des beabsichtigten gemeinen Mordes sofort verhaftet. — Der frühere Gemeindevorsteher von Ridagshausen, Maschinenbesitzer Albert Tagmeier, hatte sich vor der Strafkammer des Landgerichts Braunschweig wegen Amtsunverächtlung zu verantworten. Täglmeier, dem im Jahre 1896 das Gemeinde-Gemeindevorstand übertragen worden war, verfiel nämlich Anfang Dezember 1901 ans Abdaggsbauern und bei einer jetzigen Neuvorweisung fand man einen Festbetrag von 4400 Mark. Unter Annahme mildernder Umstände wurde er zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Vermischte Nachrichten.

Professor Krenner über die abnorme Witterung. Professor Dr. Krenner, Abteilungsleiter im meteorologischen Institut zu Berlin, hat sich über die abnorme Witterung der letzten Tage wie folgt geäußert:

„Zweifellos steht die unverhältnismäßige Kälte des diesjährigen Aprils in engem Zusammenhang damit, daß die Eismauern des Nordpols sich aus nicht näher bekannten Gründen mehr als sonst nach Süden vorgeschoben und sich auflösende Eisberge in besonders großer Zahl in den nördlichen Ozean entwandt haben. Bekanntlich haben die wärischen Europa und Nordamerika verkehrenden Dampfer in Mäßigkeit hierauf den südlichen Winterkurs einzuweilen noch bebedalten.“

Weiterhin aber sind auf die niedrige Temperatur auch die andauernden Nordwinde von Einfluß. Im Zusammenhang mit der Verchiebung der nordpolaren Eisstraßen bringen sie es zuwege, daß nicht nur Deutschland, sondern auch südlichere Länder, wie Frankreich und Italien, unter einem kalten aus Hand und Band geratenen April zu leiden haben. Was an der herrschenden Kälte abnorm ist, ist weniger ihre Intensität: wir haben ähnlich kalte Tage in jedem andern April auch. Wohl aber heißt die Dauer der gegenwärtigen Kälteperiode ohne Beispiel da, weitgehend soweit die letzten 50 Jahre in Betracht kommen. Ein Vergleich bis zurück zum Jahre 1818 ergibt die auffällige Tatsache, daß die Temperatur im April 1903 um 1,1 bis 6,5 Grad niedriger war als die mittlere Temperatur in allen den Jahren vorher. Die stärksten Differenzen fielen auf die Tage vom 10. bis zum 18. April. Nach dem gestrigen Wetterbericht war die Temperatur am Sonntag den 19. April sogar 7,4 Grad unter der normalen. Was nun besonders den ungewöhnlichen Schneesturm am Sonntag betrifft, so ist keine Grundursache in dem barometrischen Minimum zu sehen. Das am Sonnabend südlich der Alpen über Oberitalien hand und von da auf einer von Meteorologen wohlbestimmten Zugtrasse nach Polen und weiter nach Norden vorrückte.

Erweisen sich Minima im Sommer bei uns, so machen sie sich in Gestalt andauernder Niederschläge, der sogenannten

Vandregen, bemerkbar. Charakteristisch für sie sind ferner als stete Begleiterscheinungen nördliche Winde und relativ geringe Unterschiede des Luftdrucks. Das Minimum, das am Sonnabend von Oberitalien her über Schlesien und Ostpreußen dahinzog, wird dagegen, was die Druckunterschiede anlangt, eine anormale Erscheinung auf: diese Unterschiede waren nämlich sehr hohe. Im Zusammenhang mit dem ohnedies vorhandenen Nordwinden bewirkten sie zunächst, daß der Wind zum Sturm wurde; sie ließen ferner die Niederschläge eine ganz ungewöhnliche Ergiebigkeit erreichen. Infolge der anormal kalten Witterung kamen diese Niederschläge dann als Schneemasse zur Erde; sie haben entsprechend dem Wege des Minimums namentlich im Osten Deutschlands Berkehrsstörungen mit sich gebracht, die für April geradezu unerhört sind.

Nun noch etwas Tröstliches. Ich bin der Meinung, daß der Sturm und die Schneefälle vom Sonntag eine Krisis bedeuten. Ich glaube in Aussicht stellen zu können, daß wir nunmehr der normalen Temperatur und wärmeren Tagen umso schneller entgegengehen werden, je anormal wir vom 1. bis zum 20. April haben frieren müssen. —

* Das Alter der Erde wird zahlenmäßig genau vielleicht nie ermittelt werden, aber an Versuchen zu seiner Bestimmung fehlt es nicht. Man hat sie auf verschiedenem Wege unternommen, die freilich zu sehr abweichenden Ergebnissen geführt haben. Der Physiker berechnet den allmählichen Wärmeverlust der Erde und kommt danach zu dem Schluss, daß der Zeitraum seit der Verfestigung der Erdkruste viel näher an 20 als an 40 Millionen Jahren anzunehmen ist. Mit den alten Chronologien verglichen mag die Länge dieser Zeit ganz genügend erscheinen, der Geologe und der Biologe sind aber damit weitaus nicht zufrieden, von denen der erstere nach der Dicke der Schichten in der Erdkruste, der letztere nach der verwickelt vielfältigen Verzweigung der Pflanzen- und Tierformen urteilt. Mit Rücksicht auf die Langsamkeit, mit der sich in den verschiedenen Erdzeitaltern gegenwärtig Schichten aus Sand, Ton, Kalk usw. bilden, hält der Geologe wenigstens 450 Millionen Jahre zur Entwicklung der Erdkruste für erforderlich. Die Biologen gehen noch erheblich darüber hinaus. Tüchtige und erfindende und rechnende Gelehrte verlangen für die Entwicklung des Lebens auf der Erde von seinen Anfängen bis zur heutigen Vielfältigkeit die Spanne von 2700 Millionen Jahren. Dieser Schluss beruht auf der Voraussetzung, daß die Veränderung der Tier- und Pflanzenarten außerordentlich allmählich vor sich geht. Es ist aber in Rücksicht zu ziehen, daß man jetzt an gewissen Pflanzenformen auch viel schnellere, fast plötzliche Umgestaltungen kennt, die eine Neubildung von Arten in beschleunigtem Tempo als möglich erscheinen lassen.

* Die erste „drahtlose Zeitung“ ist auf der Insel Santa Catalina im Stillen Ozean eingerichtet worden. Der Erscheinungsort heißt Avalon. Die Insel ist 25 Meilen vom amerikanischen Festland entfernt und besitzt keine Kabelverbindung. Die Zeitung nennt sich „Drachilos“ und bringt jeden Morgen die neuesten ihr durch den drahtlosen Apparat übermittelten Nachrichten zur Kenntnis ihrer Leser. Die Nachrichten kommen aus Los Angeles in Kalifornien. —

Bereine und Versammlungen.

Fabrikarbeiter.

Am Sonnabend den 18. April tagte in Darnitz' Lokal, Fabrikstraße 36, die Generalversammlung der Zünfte des Verbandes der Fabrikarbeiter. Kollege Hoffmann gab den Kassenbericht des Vorjahres vor. Der Kassenschatz betrug 411,83 Mk. Der Kassenschatz gab den Kassenschatz in welchem darüber gesagt wird, daß Mitglieder anderer Organisationen mit dem Verband sich verhalten und besonders bei der Gründung von Zünften. In Darnitz gab es die Hand- und Maschinenarbeiter von Magdeburg gewerkschaft, die von die ganze Fabrik zu Grunde gerichtet haben. Ferner wurde eine 7köpfige Gewerkschaftskommission gewählt. Zum Schluss wurde dem Kollegen eine Frage gestellt, so viel wie möglich den 1. Mai zu feiern. Es wurde eine Besetzung beschlossen, wozu ebenfalls Mitglieder von 1. Mai an zu unterstützen sind. —

Metallarbeiter.

In der gut besetzten am Sonntag im „Lichtstrahl“ festlich gefeierten General-Versammlung der Metallarbeiter Magdeburg des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gab der Gewerkschaftsleiter Brandes den Gründungs- und Fortschrittsbericht für das 1. Quartal 1911. Der gewählte Kassenbericht ist vom Mitgliede genehmigt worden. Bei der ersten Zeit von Kassenberichten — 794 — ist zu bemerken, daß davon 87, auf Magdeburg entfallen, die übrigen auf Langenbrettitz entfallen und die Anlagen in Zusammenhang eines geeigneten Lohnes und der notwendigen Schulung noch nicht imstande waren, die Arbeiter zum soeben gungen Beschäftigungszustand zurückzuführen zu können. Es wurde jedoch, daß dieses bald der Fall sein werde und dann werden sich noch 500 Mitglieder, zu denen noch ca. 150 in Magdeburg, Langenbrettitz, Seitz und Burg als Einzelmitglieder angeschlossen werden können, an dem Verband anschließen werden. Es wurde jedoch, daß in den nächsten Monaten werden, im Magdeburg, Seitz, Langenbrettitz, Seitz, Burg und Burg sich anschließen werden, daß der Verband einhundert Mitglieder werden. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1911 2556 betrug, ist jetzt auf 2556 gestiegen. Ein einschlägiger Rezipient.

Wichtig ist auch der Kassenbericht. Der Kassenbericht an 25 151 Monatsbeiträgen a 30 Pf. = 7545,30 Mk. war eine große Gewinne gegenüber den 4575,00 Mk. im Vorjahre. Das sind im Vorjahre, 1910, 60 Pf. für Gewerkschaft und 127,15 Pf. für den Kassenbericht. Zusammen sind das 173,15 Pf. an Gewerkschaften gewährt. Neben der der Gewerkschaft zugehörigen 20 Prozent der Gewerkschaft mit im Zusammenhang gebracht, das sind 149,15 Pf. sind die übrigen guten großen Teil als Beitrag an den Kassenbericht zusammengekommen. Denn nicht nur ein gewisser Betrag von 65,44 Pf. für die Gewerkschaft. Der große Kassenbericht ist also am Ende der Dinge gegenüber, sondern ein Beweis, daß gerade der Metallarbeiter, so klar es ihm einfallen mag, sich auch einer Erhöhung der Verdienstmöglichkeit nicht scheuen wird. Die Gewerkschaft hat sich gezeigt, daß der Kassenbericht ist von 579,32 auf 1010,67 Pf. gestiegen, trotzdem auch hier in der Ausgabe bemerkenswert Summen sind. In der Ausgabe an Kassen 691,50 Pf. an Sachverwalter 14,55 Pf. an Gewerkschaften 187,70 Pf. an Kassen für das Gewerkschafts-Kassen 355,00 Pf. für Kassenbelegende 25,77 Pf. für Kassen- und Lohnbelegende 73,67 Pf. sind.

Die große Zahl Gewerkschaften, die hundertgen gen, ganz Teil sehr gut besetzt waren, begünstigen Situationen zeigen, dass diese Leben in der Metallarbeit. Die Metallarbeiter sind höher als in einem nachgehenden Stande gewöhnt. Gewerkschaften habe die Bewegung auch weiter erforschen, für welche die Organisationen eingetreten sind. — Auch Lohnbewegungen sind gleich

Resultat sind zu verzeichnen. Die Drahtzieher der Firma Mähly schafften sich ohne Streit, die Stahlpufer bei Otto Gruson durch einen achtstündigen Streik bessere Arbeitsbedingungen. Zu bemerken sei bei letzterem, daß sich in der kurzen Zeit für 85 streikende Rüger 94 Streikbrecher gefunden hatten, die allerdings mit wenigen Ausnahmen ihren Lohn ohne entsprechende Leistung bekommen haben.

Im Schöneberg sei der Formerstreik, an welchem eine Anzahl Magdeburger Kollegen beteiligt waren, verloren gegangen, weil auch hier eine große Anzahl Streikbrecher dem Kapital Schlepperdienste leisteten. Doch auch von auswärts komme die Nachricht, daß wenn irgendwo ein Streik ausgebrochen sei, von Magdeburg aus die Streikbrecher anrückten. Das sei eine Schande für uns und muß dafür gesorgt werden, daß auch hier Wandel eintritt. Vor allem hätten die Kollegen die Verpflichtung, solche Verräter an der Arbeiterfrage auf Jahre hinaus ohne jede Beachtung zu lassen. Die Verwaltung müsse für geeignete Befähigung derartiger Personen sorgen. Auf viele Jahre hinaus dürften dieselben nicht in die Organisation aufgenommen werden, die mit jedem Quartal ein stärkerer Rückhalt für die Kollegen werde. Viel zu milde seien die Magdeburger Kollegen über solche Schäden hinweggegangen, so daß wir uns heute in ganz Deutschland einen traurigen Ruhm erworben hätten. Das müßte anders werden. (Großer Beifall.)

Beim Ausbruch von Lohnbewegungen sei unter allen Umständen vorher die Ortsverwaltung zu benachrichtigen, damit diese in geeigneter Weise Vorbereitungen treffen könne. Auch werde in Zukunft streng darauf gehalten, daß nur organisierte Kollegen unternehmig würden. Es sei genügend agitiert; noch heute nicht organisiert sei, habe auch bei Lohnbewegungen die Folgen zu tragen. Es sei ferner zu wünschen, daß in absehbarer Zeit auch in der Metallindustrie zünftige Vereinbarungen zu Stande kämen. Die Gewerkschaften gehe wie in ganz Deutschland so auch hier damit vor. Auch die Formen seien dabei, Unterlagen zu schaffen. Andre müßten folgen. Dazu gehöre aber ein noch besseres Vertrauensministerium, als wir es heute haben. Zum Schluß bemerkte er, daß die Arbeit in den letzten dreierhalb Jahren von ihm allein hätte kaum bewältigt werden können. Nachdem nun noch eine Steigerung aller Arbeiten eingetreten sei, bitte er um Wiederbelebung des zweiten Besannens. Dann würden die nächsten Schritte zu beschließen sein, die die Ortsverwaltung aufweisen können.

Die Versammlung erklärt sich mit der künftigen Behandlung der Streikbrecher und der Nichtorganisierten bei Ausständen einverstanden, beschließt dann gegen 4 Stimmen die Wiederanstellung eines zweiten Gewerkschaftsleiters. Vom Vorsitzende ist die Stellung eines zweiten Gewerkschaftsleiters fünf Bewerbungen und schlägt die Vertrauensminister-Konferenz, welche hierzu Stellung genommen hat, den langjährigen Vorsitzenden des Verbandes, Kollegen Böhnen, vor. Nach kurzer Diskussion wird letzterer gegen 4 Stimmen gewählt. Den Aufrufstag soll die Ortsverwaltung bestimmen.

Zur Ratifizierung übergehend verweist Kol. Schürjen auf die Beschlüsse der Nürnberg General-Versammlung, nach welcher alle diejenigen Vereine, in welchen drei Fünftel der Kollegen organisiert sind, in gemeinsamer Abstimmung beschließen müssen, ob sie durch Arbeitsruhe feiern wollen oder nicht. Dem Beschlusse der Nürnberger hat sich die Mehrheit zu fügen. Der Verband übernimmt für die Ausgeborenen oder Gemäßregelten die Unterstützung. Es kamen circa 12 Vereine in Frage. Außerdem hätten die Steinmetz- und Installateur-Vereine Stellung genommen und hätten Arbeitsruhe beschlossen. Er wünsche, daß auch in diesen Jahre eine weitere Steigerung der feiernden Metallarbeiter zu verzeichnen sei. Die Ortsverwaltung wird darauf beauftragt, möglichst schnell die Einberufung von Reichs-Versammlungen der obigen Vereine zu veranlassen. — Der Bezirk Südburg beantragt den Ausschluß Hrens aus dem Verband. Da derselbe selbst ausgetreten ist, wird die Vertrauensminister-Sitzung mit der Behandlung der Frage und Entscheidung auf die nächste General-Versammlung besetzt. — Unter „Verchiedenes“ wird von mehreren Kollegen aus der Mitte der Versammlung beantragt, das Gehalt des Kollegen Brandes in Anbetracht seiner Tätigkeit entsprechend zu erhöhen. Die Ortsverwaltung wünscht, daß auch diese Frage in der nächsten General-Versammlung behandelt werde. Dem wird zugestimmt. —

Sänger.

Am Sonnabend den 18. d. M. hielt die Jahreshelle Magdeburg des Zentral-Verbandes der Arbeiter eine Versammlung in der Zentral-Halle, St. Nikolaistraße, ab. Als Lokalmann wurden die Kollegen Schmidt, Gode und Gode als Delegierte zur General-Versammlung in Leipzig wurde der Kassierer Albert Müller gewählt. Der Vorsitz von Bezirksleiter-Konferenz erkrankte der Vorsitzende Albert Kramer, der als Delegierter dort ersahm. Der Vorstand wurde durch den Herrn G. Reich u. Co. seine Schlichtung übernehmen, während die Vertrauensminister einen höheren Lohn erhalten sollten. Die Arbeitende am 1. Mai wurde einstimmig beschlossen. Beim Festen beschlossen wurden die Verhältnisse der die gew. Arbeiter hier enthaltenen Schlichter Firma Gebr. Brandt eine Jahresfrist unterzogen. Die Firma verkauft zu Schlichter- und Schlichter sind die neuen Gesetze ganz erheblich. Die den betriebligen Kollegen haben den Wert der Organisation

noch nicht begriffen. In nächster Zeit soll diese Angelegenheit näher besprochen werden. —

Zimmerer.

Am Montag den 20. April tagte im „Dreitaiserklub“ eine öffentliche Versammlung der Zimmerer Magdeburgs und Umgegend. ersten Punkt gibt der Referent Redakteur Marxwald ein schriftliches Ueberblick über die Bedeutung der Maifeier. Ein Umstand den 1. Mai unbedingt durch Arbeitsruhe zu feiern, wurde von der Versammlung abgelehnt. Jedoch wurde es jedem Kameraden angedeutet, daß, wer es irgend möglich machen kann, den 1. Mai Arbeitsruhe zu begehen. Als Redaktoren wurden die Kameraden Hlogge und Knobbe gewählt. Als Stellvertreter des Vertrauensmin wurde Kamerad Binde gewählt. Unter Verschiedenem wurde eintrag angenommen, daß am Sonnabend den 2. Mai eine öffentliche Zimmerer-Versammlung stattfinden soll, welche sich mit der Unterstützung für die gemäßregelten Kameraden zu befassen haben wird. —

Vereins-Kalender.

Anzeigen unter dieser Rubrik kosten pro Zeile 5 Pf., die vorher zu bezahlen.
Unterstützungsverein der Kupferschmiede. Sonnabend 25. April, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung beider Kommissionen bei G. B. N. Kosterstraße 15-16. —
Gefangenen-Verein „Einigkeit“, Buckau. Heute Donnerstag 1/9 Uhr Übungsstunde bei Bethge. —
Arbeiter-Radfahrer-Verein Magdeburg, Abt. „Einigkeit“, N. Neustadt. Jeden Freitag abends 8 1/2 Uhr Saalfahrt und Sammentanz im „Weißen Hirsch“, Friedrichsplatz 2. —
Arb.-Rath.-Verein Magdeburg, Abt. „Stern“, S. S. Jeden Donnerstag Saalfahrt u. Zusammenk. i. d. „Herf. B.“
Barleben. Sonnabend den 25. April außerordentliche Versammlung der Maurer. Tagesordnung wichtig. —

Briefkasten.

B. L., Gommern. Sie müssen bis zur Reichstagswahl am Sonntag öffentlich Flugblätter verbreiten, außer wählens Zeit.
N. S., hier. Für Unterbeamte existieren derartige Schriften nicht.
„Ein Abonnent“. Sie müssen, wenn wir Ihnen gefallen, daß sich in der Kaiser Wilhelmstraße am Dienstag der „Sprenger“ so ungehörig betragen, uns erst Ihren Namen nennen.
N. S., 200. Nein.

Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe, zum Kochen) 18,00— Speisebohnen (weiße) 21,00—36,00. Linen 18,00—30,00. Kartoffeln 5,00—6,00. Nüchstroh 4,00—4,50. Krummstroh bis 3,50. Heu 6,00—7,00. Alles für 100 Kilogramm. Rind im Großhandel 0,95—1,04, von der Keule 1,40—1,60. Bauch 1,20—1,30, Schweinefleisch 1,30—1,50, Kalbfleisch 1,30— Hammelfleisch 1,20—1,40. Speck (geräucherter) 1,50—1,70. Eier 2,20—2,60. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 3,00—

Wasserstände.

| | Fier, Eger, Moldau. | Don | |
|-------------------|---------------------|------------------|------|
| Jungbunzlau . . . | 20. April + 0.14 | 21. April + 0.15 | — |
| Lauter | + 0.00 | + 0.03 | 0.03 |
| Budweis | + 0.20 | + 0.16 | 0.04 |
| Prag | + 1.54 | + 0.42 | 0.12 |

| | Hafent und Saale. | Don | |
|------------------------|-------------------|------------------|------|
| Straßfurt | 21. April + 1.40 | 22. April + 1.45 | — |
| Trotha | + 1.90 | + 1.84 | 0.06 |
| Mölsberg | + 1.72 | + 1.65 | 0.07 |
| Bernburg | + 1.34 | + 1.28 | 0.06 |
| Saale, Oberpegel . . . | + 1.58 | + 1.56 | — |
| do. Unterpeg. | + 0.92 | + 0.85 | 0.09 |

| | Elbe. | Don | |
|------------------------|------------------|------------------|------|
| Verdubitz | 20. April + 0.20 | 21. April + 0.10 | 0.10 |
| Braubitz | + 0.29 | + 0.22 | 0.07 |
| Melmit | + 0.15 | + 0.07 | 0.08 |
| Weitmeritz | + 0.10 | + 0.07 | 0.03 |
| Nußig | + 0.45 | + 0.38 | 0.07 |
| Dresden | — 0.57 | — 0.86 | — |
| Torgau | + 1.32 | + 1.30 | 0.02 |
| Wittenberg | + 2.12 | + 2.01 | 0.11 |
| Mörlan | + 1.61 | + 1.50 | 0.11 |
| Barby | + 1.90 | + 1.80 | 0.10 |
| Schönebeck | + 1.69 | + 1.58 | 0.11 |
| Magdeburg | + 1.59 | + 1.55 | 0.04 |
| Tangermünde | + 2.64 | + 2.58 | 0.06 |
| Wittenberge | + 2.26 | + 2.20 | 0.06 |
| Dömitz, Bege | + 1.70 | + 1.75 | — |
| Lauenburg | + 1.73 | + 1.75 | — |

Buchhandlung Volksstimme

Magdeburg, Jakobsstrasse 49.

Wir empfehlen:

Schillers Werke

2 Ganzleinen-Prachtbände

mit 320 Original-Illustrationen von Brüning, Baerwald, Edler, Zirkel u. a.

Kein anderer Dichter erreicht Schiller an Volkstümlichkeit; seine Gestalten leben im Volke, und sie so wiederzugeben wie sie im Volke lebendig sind, ist das Bestreben der dies Ausgabe illustrierenden Künstler gewesen. Es ist daher das schönste und populärste Geschenk, welches je für solchen Preis geboten wurde, passend für jedermann, jung und alt, Knaben und Mädchen, sowie ein schönes Prachtwerk als Zierde für jeden Salontisch, unentbehrlich für die Privatbibliothek.

Die grossartigen Dichtungen dieses gewaltigen Genies dem Verständnis des Volkes immer näher zu führen, ist ein ethisches Verdienst und zugleich Selbstzweck dieser neuen Ausgabe seiner Werke, bei deren Herausgabe die Verlagsbandlung kein Opfer gescheut hat, um auch das äussere Gewand dem kostbaren Inhalt so entsprechend wie möglich anzupassen.



Preis 2.50 Mk.

Sämtliche Klassiker und vorzügliche Jugendschriften

haben wir stets vorrätig.

Arbeiter, rüstet Euch zum 1. Mai!

ein. Die persönlichen Annehmungen und Berunglimpungen unserer Kandidaten erweckten bei allen anständigen Menschen Widerwillen. Herr Liebscher erklärte ja jetzt, an diesen Flugblättern nicht mitgearbeitet zu haben. Wir glauben das, aber dieser Herr hatte es wohl in der Hand, gegen eine solche Art und Weise, in der seine Kandidatur empfohlen wurde, Verwahrung einzulegen. Uns ist nur bekannt, daß Herr Liebscher, als nun auch von unserer Seite eine Entgegnung erschien, die durch eine gänzlich unbegründete Anrempfung des Städtischen Vereins mit dem Fall Albrich propoziert wurde, sich beleidigt fühlte. Flugs ging's zum Kladi, denn die Wiederverwekung des benannten Falles schien man recht unangenehm empfunden zu haben.

Herr Liebscher klagte also. Doch nicht etwa, weil er sich beleidigt fühlte — beileibe nicht. Sondern weil der Fall Albrich ihm wieder vorgeworfen wurde, was ihm in seiner späteren Karriere hinderlich sein könnte. Daß Herr Liebscher nun nicht etwa gegen den Städtischen Verein, der diese Sache zuerst wieder auführte, sondern gegen uns, die wir nur die Verteidigung führten, klagte, ist recht bezeichnend.

Der verantwortliche Redakteur des Flugblatts wurde glänzend freigesprochen.

Ein „sozialdemokratischer Wahlverein der Frauen für Berlin und Umgegend“ ist, wie der „Vorw.“ mitteilt — nach einem Vortrag des Abgeordneten Stadthagen am Montag gegründet worden. Sein Zweck ist nach dem „Vorwärts“ die Agitation für die Reichstagswahl 1903. Nach Beendigung der Reichstagswahlen löst sich der Verein wieder auf. In den Vorstand wurden die Genossinnen Wengels, Baader und Vaußke gewählt. Auch für den Wahlkreis Teltow-Beskow-Charlottenburg ist ein sozialdemokratischer Frauen-Wahlverein begründet worden. Die für Donnerstag in Tempelhof angemeldete erste Versammlung ist verboten (!) worden. Der Tempelhofer Ortsgemeinde kennt also das Gesetz nicht. Sollte, was allerdings in dem fraglichen Wahlkreise ausgeschlossen erscheint, die Wahl für uns nicht günstig ausfallen, so ist ein Protestgrund bereits gegeben. Wir quittieren dankend.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 23. April 1903.

An die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins für Magdeburg und Umgegend. Der Unterzeichnete hat für diejenigen unserer Mitglieder, welche sich weiter ausbilden wollen, eine Anzahl Exemplare des „Handbuchs für Reichstagswähler“ schicken lassen, welche zum Selbstkostenpreise von 2 Mark pro Stück abgegeben werden. Reflektanten wollen sich in der Buchhandlung Volksstimme beim Unterzeichneten melden.

Der Vorstand:

Robert Pistorius, Vorsitzender.

Der Vortrag des Herrn Stadtrat Kaiser findet umständehalber nicht am Freitag den 24. April, sondern am Freitag den 8. Mai statt.

Berunglückter Arbeiter. Der auf der Holzstraße von C. W. Neumann in Buchau beschäftigte Arbeiter Erich Schramm aus Sudenburg verunglückte heute früh dadurch schwer, daß ihm ein Baumstamm auf den linken Fuß fiel. Der Fuß wurde arg gequetscht. Sch. mußte in die Krankenanstalt Sudenburg gebracht werden.

Ein Meteorstein von beträchtlicher Größe fiel gestern, wie uns berichtet wird, auf dem hiesigen Schlaht- und Viehhof nieder. Der Meteor schlug auf einen Stein und zersprang dadurch in viele Stücke, in die sich eine Anzahl der in der Nähe befindlichen Leute teilten.

Gerichts-Zeitung.

Schwurgericht Magdeburg.

Sitzung vom 22. April 1903.

Körperverletzung mit tödlichem Ausgang. Die heutige Verhandlung richtete sich gegen den Arbeiter Richard Hermann aus Gommern, geboren am 4. April 1879, der zweimal wegen unerlaubten Raubens mit Geld vorbeurteilt ist. Dieser seiner Liebhaberei ging er mehr in Gesellschaft seines Schwagers Schneer nach, wobei sie sich immer gut vertragen. Am Sonnabend den 17. Januar d. J. kam es zu einem Streit, der sich in der Lungenheilkunde bezog, wo beide einen Dampfstoßel in Accord auszulassen übernommen hatten, fortgesetzt. In der Frühstücksstunde kam es bereits zwischen beiden zu einer geringfügigen Prügelei. Um 11 Uhr herum stand Schnee auf der Plattform des Hofes, wo er, ruhig an der Brüstung lehrend, zum Fenster hinaus sah. Da hümmte Hermann zum Beschäftigten herein, also auf seinen erschreckt zurücktretenden Schwager zu und schlug ihn ohne weiteres mit einer gefüllten Bierflasche, die er hinter seinem Rücken gehalten hatte, darauf heftig in die Schläfen-gegend, daß Schnee sofort zusammenbrach. Der Angeklagte war aber nicht zufrieden damit. Er jagte eine auf dem Hof liegende 60 Pfund schwere Vorspannkeite und schlug den Verletzten mit ihr noch wiederholt auf den Hinterkopf. Schnee sagte: „Das ist mein letztes!“ Hermann erwiderte: „Wenn Du noch nicht genug hast, frache ich Dich nachher in den Hünen nieder!“ Der Verletzte ließ sich beim Ehepaar verbinden und kam dann in der Kammer noch eine Glasche Bier, etwas Schnaps und rauchte eine Zigarette, dann ging er heim nach Gommern, legte sich zu Bett und verstarb in der folgenden Nacht morgens gegen 3 Uhr. Die Leiche des Erschlagenen ist von dem Sanitätsrat Dr. Hermanns-Burg und dem hiesigen Gerichtsarzt Dr. Hofmann obduziert worden. Die Leiche, der Tod des gefundenen Leichens Schnee ist allem Anschein nach durch den Schlag mit der Bierflasche in die Schläfe verursacht worden. Durch Brechen eines Biergefäßes hatte sich viel Blut im Gehirn angesammelt und durch seinen Druck eine Lungenblutung hervorgerufen. Die Geschworenen bejahten nach kurzer Beratung sowohl die Schuldfrage, als auch die nach mildernden Umständen; dementsprechend wurde der Angeklagte zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 22. April 1903.

Unfre Jugend. Die 13 Jahre alten Schüler Willi Telge und Fritz Ehrhardt hier hatten im August 1902 ausfindig gemacht, daß man sich auf bequeme Weise Geld verschaffen könnte, wenn man im Konsumvereinstager Kaiserstr. 58 die Kassensettel fälsche. Sie gingen gemeinschaftlich hin. Ehrhardt kaufte Waren für 141 Mark und erhielt von der Verkäuferin einen Zettel darüber zur Bezahlung an der Kasse. Er warf ihn weg, während Telge von einem auf dem Ladentisch liegenden Block einen neuen Zettel abrub und darauf 0,41 Mark schrieb, die Ehrhardt dann an der Kasse bezahlte, wobei er abgehakt wurde. Telge hatte vorher auch schon mal allein Brot eingekauft und einen Zettel in der Weise gefälscht, daß er 2 Mark weniger zahlte. Wehrlich dabei war ihm der 13jährige Schüler Walter Heendorf hier, der das gefälschte Brot aus dem Laden trug und für seine Dienstleistung darüber geschickt erhielt. Die Verhandlung stellte die Beteiligung des Heendorf nicht genügend fest; bei den beiden Fälschern fehlte die Erkenntnisfähigkeit. Sie wurden deshalb freigesprochen und ihrer Familie überwiejen.

Fahrlosigkeit. Der Kutscher Robert Mendler hier, geboren 1881, wurde wegen fahrloser Transportgefährdung mit 20 Mark Geldstrafe belegt.

Ein Renommist. Der vielfach bestrafte Malermeister Paul Müller zu Nöde, geboren 1870, arbeitete im Jahre 1898 hier als Gehilfe. Am 16. Dezember trank er beim Herbergswirt Müller ein Glas Bier, erklärte dabei prahlend, er müßte sein letztes Zwanzigmarkstück wechseln, legte aber eine wertlose Spielmarke hin und ließ sich von dem gerade sehr beschäftigten Wirt, der nicht nachsah, 19,85 Mark herausgeben. Die Kammer erkannte wegen Mißfallbetrags auf 4 Monate Gefängnis.

Freigesprochen. Der vorbeurteilte Kellner Otto Schlee aus Hamburg, geboren 1879, und die ledige, unter Sittensanktoren stehende Verta Conrad, geboren 1881, hier wurden von der Anklage der Urkundenfälschung, Sätze außerdem von der Anklage der Zuhälterei freigesprochen.

Sitzung vom 23. April 1903.

Vertagt. Die Verhandlung gegen den Landwirt Ferdinand Conert zu Gilsleben wegen Körperverletzung, zu der etwa 50 Zeugen geladen waren, wurde vertagt. Es sollen auch nach die nachträglich vom Verteidiger benannten Schutzzeugen geladen werden.

Gewerbegericht Magdeburg.

Sitzung vom 23. April 1903.

Vorsitzender: Stadtrat Kaiser. **Beisitzer:** Malermeister Jacobs und Restaurateur Gehring, **Arbeitsgeber:** Dreher Andres und Sattler Thieme, **Arbeitsnehmer.**

Der Hausdiener Koch klagt gegen den Restaurateur Germerhäusern auf Zahlung einer 14tägigen Lohnentziehung und eines Restlohnes, zusammen in Höhe von 30,86 Mark. Beklagter führt an, daß Kläger die Arbeit verweigert, auch ohne Arbeitsverweigerung lag nicht vor. Die Parteien verglichen sich auf 15 Mark, die Beklagter sofort auszahlt.

Die Arbeiter Sager und zwei Genossen klagen gegen den Baumeister Friedrich auf Zahlung eines Restlohnes von je 34,17 Mark. Die Auszahlung des Lohnes ist verweigert worden, weil die gefertigten Putzarbeiten nicht brauchbar gewesen sein sollen. Daß dieses der Fall ist, wird von den Klägern nicht bestritten. Da die Putzarbeiten in Accord übernommen waren, konnte auf Auszahlung eines Restlohnes nicht erkannt werden. Die Parteien verglichen sich dahin, daß Beklagter jedem der drei Kläger noch 19,70 Mark auszahlt und den überzählenden Rest zur Reparatur der Putzarbeiten verwendet.

Der Maurerpolier Gerede hat noch eine Lohnforderung an den Baumeister und Glasermeister Hasenamp von 70 Mark. Letzterer ist in Konkurs geraten und kann infolgedessen nicht zahlen. Hasenamp erklärt, er habe den Bankier Fänich als Geldgeber er sucht, die restierenden Löhne zu zahlen, der Herr habe sich aber hierzu nicht bereit finden lassen.

In Sachen des Maurers Gerhard wegen Forderung von 18 Mark und des Maurerpoliers Bach und Genossen wegen Restlohn in Höhe von 184 Mark an Hasenamp, über dieser die Erklärung ab, daß der Bankier Max Fänich sich in diesem Falle bereit erkläre, hat diese Summe zu zahlen, wenn der mitbeteiligte Unternehmer Kleemann vom Gewerbegericht zurteilt würde. Dieser Antrag wird vom Gewerbegericht bestritten und Klammern verworfen.

Der Möbelträger Kettig will vom Unternehmer Gestein zur Arbeit angenommen aber nicht beschäftigt worden sein. K. klagt auf eine einjährige Lohnentziehung von 6 Mark. Durch einen Zeugen wird festgestellt, daß es in Möbeltransportgelegenheit des Klägers vorkommt, daß Arbeiter zum andern Morgen bestellt, aber nicht beschäftigt werden. Das Gewerbegericht steht auf dem Standpunkt, daß in dem Bestellen des Kettig eine feste Vereinbarung zur Arbeit nicht getroffen sei. Kläger erhält 1 Mark für die zwei Stunden, wo er gewartet hat und erklärt sich hiermit zufriedengegeben.

Der Maurer Schulte klagt für seinen Sohn, der bei dem Fabrikanten Böhmmer als Lehrling beschäftigt gewesen ist, auf Auszahlung von 180 Mark Spargeld, das die Firma einbehalten hat, weil Sch. sich nicht so gefühlt habe, wie es die Firma als Bedingung der Auszahlung des Spargeldes ausgemacht habe. Im schriftlichen Lehrvertrag wird das Spargeld als ein Geschenk der Firma bezeichnet. Da dieser Vertrag vom Vater des Lehrlings unterzeichnet ist, so mußte leider die Abweisung des Klägers erfolgen.

Kleine Chronik.

Ein jüdischer Denunziant.

Wegen wesentlich falscher Anschuldigung ist am 22. Dezember d. J. vom Landgericht Halle a. S. der Konditorgehilfe Paul Braunsdorf zu Gefängnis verurteilt worden. Er hatte bei der Kriminalabteilung der Volkseidenschaft die Dienstmagd S. beschuldigt, aus seinem Zimmer ein Rejestrbuch und andre Dinge entwendet zu haben. Tatsächlich waren diese Sachen auch bei der S. vorgefunden worden, aber Braunsdorf hatte ihr erst jene Sachen durch einen andern in die Hände spielen lassen. Sein Motiv war ihr zuvorkommen, denn er befürchtete, von ihr angezeigt zu werden. — Die Revision der Angeklagten wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Opfer des Unwetters.

In Obersachsen läßt das Unwetter erschütternd nach. Einige Bahntrecken sind wieder frei. Der Schaden, den das Unwetter angerichtet, ist unbefreiend. Namentlich

werden die Opfer des Wetters aufgefunden. In den Nordbavariern von Gleimig sind vier bei den letzten Schneestürmen erjorene Personen unter Schneewehen aufgefunden worden. — An der pommerischen Küste sind fünf Tolkemiter Schuner gestrandet, die von Billau nach Rügen bezw. Bornholm in See gegangen waren, wobei die aus drei Personen bestehende Besatzung, eines derselben umkam. Zwei andere gleichzeitig von Billau abgegangene Tolkemiter Schuner werden noch vermist. — In ganz Schlesien wurden bisher fünfzehn während der letzten Schneestürme erjorene Personen aufgefunden. — Aus der Ostsee eintreffende Dampfer bringen Unglückspositen. Das Segelschiff „Eidens Proene“ trieb der Küste von Fehmarn entgegen. Die Mannschaft war verschunden. Bei Rügen sind zwei Schiffe gekentert. Die Wracks treiben Keloben nördlich von Arkona und Swinemünde. Die Besatzungen werden vermist. — Die in Altona-Ottensen wohnhafte Telephonistin Fräulein Dora Brüggel, die beim Fernsprechamt Hamburg angestellt ist, wurde bei dem jüngsten Gewitter, während sie am Apparat saß, vom Blitzschlag getroffen. Die Unglückliche brach sofort zusammen und wand sich längere Zeit in krampfhaften Zuckungen; sie befindet sich noch in ärztlicher Behandlung. Ob der Unfall nachteilige Folgen für die bedauernswerte Dame haben wird, ist noch ungewiß.

Kleine Tageschronik. Das Urteil im Thorer Prozeß wegen Münzverbrechens lautet gegen den Lithographen Peterabend aus Thorn wegen Münzverbrechens in drei Fällen und Bergehens gegen § 151 St.-G.-B. in einem Falle auf vier Jahre Zuchthaus und sechs Jahre Ehrverlust. Wagner wurde nur wegen Bergehens gegen § 151 zu acht Monaten Gefängnis verurteilt, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt anzusehen sind. Der Lithograph Schröder-Berlin wurde völlig freigesprochen. — Ein Gattenmord hat sich im Dorfe Soujawa ereignet. Der Arbeiter Sinda erschlug seine Ehefrau in einem Zwiste mit einem Stöckel. Der Täter wurde verhaftet. — Ein schweres Verbrechen ist auf dem Gute Kunsdorf bei Nimptsch (Schlesien) verübt worden. Die 25jährige Ehefrau des Gutschweizers Barisch wurde nachts in ihrem Schlafzimmer überfallen und durch Messerstiche schwer verletzt. Der Einbrecher goß dann Petroleum auf ihr Bett und zündete es an. Die Frau erlitt furchtbare Brandwunden, denen sie erlag. Der Mörder ist noch nicht ermittelt. — Ein entsetzliches Unglück ereignete sich anlässlich einer Beerdigung auf der Vorderer Straße in Riesa a. M., als ein schon gewordenes Pferd mit dem Wagen von hinten in das zahlreiche Trauergesolge eintraf. Mehrere Personen wurden nur leicht verletzt, dagegen der Faktor der Hoffmannschen Buchdruckerei, van Uden, dem „Samuol. K.“ zufolge, so schrecklich zugerichtet, daß er bald darauf verschied. Ein Arzt, der sich ebenfalls im Gefolge befand, leistete die erste Hilfe. Unmittelbar vor dem Leichenwagen rissen die Stämme, andererseits wurde der Vorfall noch weitere schlimme Folgen gehabt haben. — Eine Feuersbrunst löschte die große, drei Stock hohe Fabrik der Firma Philipp u. Kirsten in Reichensbach i. V. bis auf den Grund ein. Nur das Kesselhaus blieb erhalten. Die Firma beschäftigte ca. 110 Personen. Der Schaden, der größtenteils durch Versicherung gedeckt ist, beträgt circa 200 000 Mark. Auch das nebenan liegende Geschäftshaus mit Wohnung des Herrn Philipp wurde fast gänzlich eingestürzt. — In dem Ort Fastacia bei Stadt Groden wurde durch eine Feuersbrunst 60 Häuser eingestürzt. — In Panschn (Bezirk Radworna) wütete ebenfalls ein großes Schadenfeuer, bei welchem über 300 Häuser niederbrannten.

Letzte Nachrichten.

(Herold's. Depeschen-Bureau.)

Grenoble, 23. April. Ein Bataillon des 145. Infanterieregiments ist nach dem Karthäuser-Kloster abgegangen, um heute daselbst die Schließung des Klosters vorzunehmen.

Grenoble, 23. April. Der Generalrat nahm nach längerer Debatte eine Tagesordnung an, worin die Regierung wegen ihrer Haltung bei der Durchführung des Vereinsgesetzes beglückwünscht wird. Nach dieser Sitzung fand eine republikanische Sitzung statt, an welcher die Radikalen und Sozialisten teilnahmen.

Prag, 23. April. Die Karolinenthaler Stadtvertretung beschloß, ihren Vertreter in der Prager patriotischen Kommission aufzufordern, in derselben dahin zu wirken, daß in den Ausmaßen derselben die deutsche Sprache entfernt und durch die kulturell bedeutend höher stehende französische Sprache ersetzt werde. — Gestern wurde in einer Versammlung von unterschiedlichen tschechischen Verze-Vereinigungen beschlossen, an die Stadtgemeinde in Prag, an alle tschechischen Gemeinden, die Bezirksvertretungen, sämtliche tschechischen Korporationen und Gesellschaften, überhaupt an das gesamte tschechische Volk einen Aufruf zu erlassen, dem Spital der Barmherzigen Brüder in Prag jede Hilfe zu entziehen, weil diese Institut offen germanisiert und nur eine Filiale der medizinischen Fakultät der deutschen Universität in Prag sei.

Paris, 23. April. Turinas, Erzbischof von Ranch, ist von der gegen ihn verfügten Gehaltsperre in Kenntnis gesetzt worden.

Marseille, 23. April. Gestern nahmen 1200 freitende Dockarbeiter die Arbeit wieder auf; Unruhen sind bisher nicht zu verzeichnen.

Frankfurt a. M., 23. April. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Bern: Die schweizerischen Maschinenindustriellen haben mit Rücksicht auf ihre Konkurrenzfähigkeit bei der Bundesbahnenverwaltung eine Reduktion der vorgeschlagenen Lohnansätze für Staatsbahnarbeiter verlangt. (!)

Frankfurt a. M., 23. April. Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ aus Neustadt a. S. wurde gestern morgen im Dorfe Knopp, Bezirksamt Zweibrücken, die 19jährige Ida Kögler, Schwägerin des Bürgermeisters, im Stall mit durchschnittenem Hals aufgefunden. Der Knecht des Bürgermeisters, der kürzlich aus dem Gefängnis entlassene 42jährige Karl Bohm ist der Tat verdächtig. Derselbe ist flüchtig.

Paris, 23. April. (Fig. Draht.) Das Schreiben von Dreyfus an den Kriegsminister, da derselbe gegenwärtig von Paris abwesend ist, nicht zugegangen. Der Minister wird voraussichtlich beim Ministerpräsidenten die amtliche Ermächtigung zur Eröffnung der Enquete vor die Dreyfus-Angelegenheit nachsuchen.

General Mercier erklärte einem Vertreter des Blattes „Le Temps“, an der Entlassung Dreyfus sei nichts wahres.

Zur Justizpalast wird das Schreiben Dreyfus' heute kommen. Die Justizpalast-Beschwämme sind der Ansicht, daß Dreyfus jetzt nicht an den Kriegsminister, sondern an den Justizminister hätte richten müssen, da letzterer allein zuständig sei, eine Revision des Urteils durchzuführen.

In politischen Kreisen ist man zwar überzeugt, daß die Dreyfus-Affäre wieder hoffnet, aber nicht aus der gerichtlichen Domäne herauszutreten wird.

Deutscher Metallarb.-Verband

Verwaltung Magdeburg.

Fernsprech-Anschluß Nr. 204. Bureau: Knochenhaueruferstr. 27/28, I.

Versammlungen finden statt:

Sonnabend den 25. April 1903

abends 8 1/2 Uhr

Bezirk Budau im „Thaliaaal“, Dorotheenstr. 14.

Bezirk Magdeburg

in der „Bürgerhalle“, Knochenhaueruferstr. 27/28

Bezirk Olenstedt im Lokale des Herrn Schinke.

Tagesordnung in allen drei Versammlungen:

1. Vortrag.
2. Verbandsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Referenten sind die Kollegen Hähnjen, Brandes und Beims.

Die Stichwahlen finden am Sonntag den 26. d. M. in den Versammlungsorten der Bezirke von 11 bis 2 Uhr statt. Zur Wahl stehen: Fritz Däumling, Louis Hähnjen, Ad. Kugner u. Richard Nitzsch. Drei von den Genannten sind zu wählen. Wir machen ferner darauf aufmerksam, daß 1000 Broschüren zur Verteilung an die Mitglieder bereit liegen, welche die Antwort auf die Broschüre des Zentralverbandes deutscher Industrieller enthalten.

Die Verwaltung.

Achtung! Achtung!

Schmiede und Kesselschmiede.

Sonnabend den 25. April 1903, abends 8 1/2 Uhr

bei Alb. Water, Knochenhaueruferstr. 27/28

Öffentliche Schmiede- u. Kesselschmiede-Versammlung.

Die Tagesordnung sowie der Referent werden in der Versammlung bekannt gegeben.

Es ergeht an alle Schmiede und Kesselschmiede sowie an alle in der Schmiederei beschäftigten Personen das Ersuchen, pünktlich in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Einberufer.

Deutscher Holzarb.-Verband

Verwaltungsstelle Magdeburg.

Bureau: Fochsloßberg 5. Geöffnet: 8-2 und 4-7 Uhr

Luise

General-Versammlung

findet Sonnabend den 25. April, abends 8 Uhr, im „Bürgerhaus“ statt.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht pro 1. Quartal 1903.
2. Bericht der Kontrolldelegierten.
3. Ueber Stiftungssachen.
4. Beschlussempfehlung über eine vorzunehmende Umbenennung über den Lokalbeitrag.
5. Die stellen wir uns zur Abstimmung am 1. Mai.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist ein vollständiges und pünktliches Erscheinen notwendig. Um den auswärtigen Besuchen Rechnung zu tragen beginnt die Versammlung punkt 8 Uhr.

Die Verwaltung.

Zentral-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Verwaltung Magdeburg.

Bureau: Stephansstraße 33. — Telefon 274.

General-Versammlung

Sonnabend den 25. April 1903, abends 9 Uhr

im „Dreikaiserbund“, Gr. Storchstraße 7.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal 1903.
2. Bericht von der 3. General-Versammlung in Hamburg.
3. Wahl von 4 Aufsichtsratsmitgliedern.
4. Verbandsangelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen ermahnen Die Verwaltung.

Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Man fordere überall

Henkel's

Bleich-Soda

Unübertroffenes Waschmittel.

Privat-Pfand-Schreibens

Carl Haacke

Herren- u. Damen-Garderobe

Bett- und Leibwäsche

Gold- und Silberwaren

18 Kroatenvweg 16

Corona- und Premier-Räder, Neue Fahrräder 85 Mt. mit 1 Jahr Garantie. Sämtliche Zubehöreile und Reparaturen aller Systeme.

Habedank & Schulschenk

Gr. Zunkerstraße 3.

Burg. Burg.

Leure Ladenmiete und Bedienung lasten nicht auf meinem Geschäft. Infolgedessen bin ich in der Lage, meine als reell bekannten

Schuhwaren

zu den denkbar billigsten Preisen abzugeben. Preise im Fenster ersichtlich. Täuschung ausgeschlossen.

Breitweg No. 10 Hermann Schütter früher Fr. H. Dehm.

Gehe trotz der billigen Preise noch Rabatmarken.

Konsum-Verein

für Altersleben u. Jugend. E. G. m. b. H. 3025

Wir suchen zum 1. Juli d. J. einen branchenunabhängigen, kautionsfähigen

Lagerhalter.

Offerten mit Angabe der bisherigen Tätigkeit sind an Herrn Gustav Mikowsky in Kieversleben einzuliefern.

Volksverein

für Altersleben. Sonntag den 26. April abends 8 Uhr im Schräcker Lokal: Versammlung.

Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. 3027 Der Vorstand.

- 1 Bettstelle
 - 1 Matratze mit Feil
 - 1 Kleiderschrank
 - 1 Tisch
 - 2 Stühle
- Anzahlung 10.00 Abzahlung monatlich 1.00 Mt.

S. Osswald

Magdeburg Alte Ulrichstr. 14 1 Erwerb.

Fahrräder

Weil und Wartburg, mit Glockenlager.

- Handlamps 1.40 Mt.
- Handlamps 50 Mt.
- Notkassette 3 Mt.
- Reifen 2.50 Mt.
- Reifen 2.50 Mt.
- Reifen 50 Mt.
- Reifen 6 Mt.
- Reifen 1 Mt.
- Reifen 9.50 Mt.

L. Hieber

Grosse Mauerstrasse 9.

W. Coors

Sudau, Halberstädterstr. 116

Leih-Haus

J. Jacoby Kl. Mauerstr. 3, part.

Gross-Ottersleben

Für Magdeburger!

E. Belz

Halberstädterstr. 37.

Burg. 3029 Burg. Freitag:

Frische Würst

Karl Jesse Holzstraße 2

Guter Schinken zu verkaufen Salz, Krugstraße 1, p.

Junge Kanarienvogel u. Weibch.

gewöhnliche Vögel, gute Weibchen, gute Vögel, höchste Preise bis Sonnabend.

F. H. Oehlert, Magdeburg, Alte Neustadt, Endelstraße 1.

Als Hebamme empfiehl ich Frau Grathenauer, Rothekehlstraße 18, u. 2 Et.

Meine Wohnung befindet sich in der... 36, Eng. Neuhaldenslebenstr. Dorff, Hebamme. 884

Als saubere Schneiderin empfehle ich M. Willeke, Löhndorfstr. 36a, 2.

Junges Mädchen welches neben häuslicher Arbeit (ohne Wäsche) sich im Schneidern ausbilden... 888

Stadt-Theater.

Freitag den 24. April 1903. Madame Cherrh.

Standesamt.

Magdeburg, 22. April. Ugebot: Oberkellner Alfred Reinbothe in Haffelfelde mit Vinahobam hier. Zahlmeisteraspirant Feldmeyer Johann Friedrich Oswald Friede in Thorn mit Elise Johanna Müller in Burg. Königl. Garnison-Bauschreiber Friedrich Ernst August Steinicke mit Meta Banse in Dreßdorf. Optikus Emil Stein mit Dorette Wintelmann hier. Gastwirt Eduard Holz mit Luise Müller hier. Bäcker Gustav Marschitz in Pechau mit Martha Vertram hier.

Heiratsverhandlungen: Tischler Ernst Friedrichs mit Johanne Schönefeld hier. Kellner Erich Wille in Cracau mit Agnes Friede hier. Schiffbauer Georg Wille mit Marie Rogge hier.

Geburten: Dora, T. des herrschaftl. Kuchlers Ernst Brinckmann. Herta, T. des königlichen Eisenbahn-Schaffners Hermann Rüge. Gertrud, T. des Kuchlers Paul Schleeje. Luise, T. des Arbeiters Stephan Schwebel. Marg, S. des gepr. Lokomotivheizers Max Wandel. Erich, S. des Kuchlers Heinrich Schulze. Norma, T. des Majors Ernst Albrecht.

Todesfälle: Anna Krauß, unversehentlich, 16 J. 7 M. 19 J. Barbierherr Willi Weidling, 25 J. 1 J. 11 M. 2 J. Luise Müller geb. Pieper, 49 J. 10 M. 23 J. Bäcker Friedrich Bahl, 35 J. 10 M. 17 J. Amalie Eckhardt, unversehentlich, 18 J. 6 M. 15 J. Witwe Augustine Fera geb. Fumfedi, 63 J. 3 M. 8 J. Johanne geb. Freitag, Ehefrau des Privatmanns Wich. Schöden, 69 J. 4 M. 11 J. Herta geb. Lichtenstein, Ehefrau des Hauptsteueramts-Sekretärs Andr. König, 67 J. 9 M. 4 J. Marie geb. Büchhoff, Witwe des Landwirts August Merrens, 63 J. 3 J.

Ugebot: Kaufmann und Fabrikbesitzer Willi Otto Dieckmann mit Wilhelmine Martha Kindermann.

Geburten: Richard, S. des Handelsmanns Richard Liebetrau. Hans, S. unehelich. Hedwig, S. des Schlossers Hermann Rudolf. Todesfälle: Junggeheirateter Karl Stendel, 61 J. 27 J. Anna geb. Haack, Ehefrau des Arbeiters Wilhelm Schmidt, 23 J. 1 M. 27 J. Maschinenkloster August Neumann, 23 J. 9 M. 6 J. Gustav August Karuhn, 43 J. 6 M. 29 J.

Sudenburg, 22. April. Ugebot: Kaufmann und Fabrikbesitzer Willi Otto Dieckmann mit Wilhelmine Martha Kindermann.

Geburten: Richard, S. des Handelsmanns Richard Liebetrau. Hans, S. unehelich. Hedwig, S. des Schlossers Hermann Rudolf. Todesfälle: Junggeheirateter Karl Stendel, 61 J. 27 J. Anna geb. Haack, Ehefrau des Arbeiters Wilhelm Schmidt, 23 J. 1 M. 27 J. Maschinenkloster August Neumann, 23 J. 9 M. 6 J. Gustav August Karuhn, 43 J. 6 M. 29 J.

Budau, 22. April. Ugebot: Wagenbauer Johann Perfarth in Bismarckstr. a. S. mit Emilie Neumann hier.

Geburten: Otto Franz Ernst, S. unehelich. Werner, S. des Buchdruckers Karl Beder. Todesfälle: Luise geb. Busch, Ehefrau des Schlossers Robert Bente, 68 J. 6 M. 13 J.

Neustadt, 22. April. Ugebot: Arbeiter Ernst August Kay Dräger mit Emma Herta Luise Dräger. Heiratsverhandlungen: Karl Wilhelm Anton Seidel mit Marie Luise, Marie Emilie Elisabeth geb. Palmann.

Heiratsverhandlungen: Kaufmann Hermann mit Helene Schiller. Arbeiter Gustav Schulze mit Luise Krüger.

Geburten: Elisabeth, T. des Schlossers Walter Hoffenberg. Herta, T. des Kaufmanns Hermann Hertz. Luise, T. des Arbeiters Wilhelm Lehmann. Hans und Luise.

Ugebot: Dachdecker Friedrich Schilke mit Luise Börner hier. Maler Emil Hartmann mit Johanne Volkmann hier. Arbeiter Karl Meißner mit Emma Bartels hier. Brauereiarbeiter Otto Hoppe zu Röderhof mit Emma Meyer zu Gienstedt. Heiratsverhandlungen: Stadthauptassistent-Dachhalter Otto Danneberg mit Ella Probst. Gärtner Wilhelm Joellner mit Emma Bod. Kaufmann Friedrich Köpfer mit Luise Dörge. Apotheker Richard Fährmeister mit Elisabeth Kunde. Schneider Adolf Hanfmann mit Anna Bredt. Arbeiter Andreas Hse mit Anna Aug. Arbeiter Robert Wedde mit Anna Tomaszewski. Biegeleiarbeiter Wilhelm Zieffner mit Anna Horstmann. Kaufmann Max Junglas mit Elise Gerbel.

Geburten: S. des Postkassens. Andreas Haarig, T. des Magistratsdieners und Kellners Albert Däter. S. des Arbeiters Otto Böttcher. T. des Tischlers Emil Thieme. S. des Lehrers Ernst Bauerfeld. S. unehelich. S. des Arbeiters Heinrich Klaus. S. des Arbeiters Karl Sawitzky. T. des Milchmachers Martin Kniatkonsti. S. des Arbeiters Ernst Girschfelder. T. des Maurers Friedrich Körner. T. des Gesangenen-Auffsehers Karl Ringel. S. des Kaufmanns Alwin Dietrich. T. des Theaterdieners Gustav Thyler.

Todesfälle: Luise, T. des Bahnarbeiters Reinhold Schröder, 1 J. 6 M. 26 J. Witwe Schwanecke, Mathilde geb. Haack, aus Nöbchenrode, 79 J. 4 M. 16 J. Ehefrau des Arbeiters Friedrich Menzel, Christiane geb. Ulrich, 58 J. 5 M. 10 J. Elisabeth, T. des Handlungsmachers Karl Koch, 4 J. 9 M. 6 J. Lehrer Julius Bernau aus Freimwalde a. D., 45 J. 11 M. 6 J.

Ugebot: Gärtner Wilhelm Gattermann mit Berta Seehing. Gärtner Max Hammer mit Agnes Heilecke. Arbeiter Robert Haase mit Anna Liliant. Heiratsverhandlungen: Bau- meister Arthur Mehnert mit Anna Peters. Landmesser Georg Kührer zu Gera mit Jenni Hartung. Portier Friedrich Kittel, Witwer, mit Dorothee Löwe. Schlosser Karl Kölling mit Minna Schlichter. Gärtner Otto Voßge mit Emma Schweinefuß. Gärtner Richard Weibe mit Elise Hoff. Geburten: S. des Arbeiters Friedrich Solf. T. des Arbeiters Louis Seberin. S. des Malers Meierers Wilhelm Reinhardt. S. des Bierbrauers Heinrich Ziegler. S. des Maurers Wilhelm Hoppe gen. Gunge. S. des Postassistenten Heinrich Müller. S. des Buchfabrikanten Max Wolff. T. des Arbeiters Theodor Oberländer. T. des Arbeiters Gottlieb Petrasch. S. des Mechanikers Paul Hölzel. T. u. S. des Buchdruckerei-Faktors Theodor Straube. T. des Arbeiters Hermann Niebenhahl. T. des Arbeiters Wilhelm Wier. T. des Metallarbeiters Karl Reinicke.

Todesfälle: Gertrud, T. des Metallarbeiters Adolf Böttcher, 7 M. 15 J. Sandgrubenarbeiter Valentin Stengel, 40 J. 1 M. Mechaniker Arbeiter August Krell, 69 J. 11 M. Witwe Johanne Buchholz geb. Hude, 75 J. 10 M. Witwe Katharina Otto geb. Stelhof, 83 J. 11 M. Eduard, S. des Arbeiters Karl Döring, 13 J. 5 M. Karl, S. des Arbeiters Wilhelm Hoff, 1 M. 1 J. Robert, S. des Schuhmachers Hermann Adert, 1 M. 5 J. Hans, S. des Dr. med. Alexander Pittius, 10 M. 27 J.

Schönebeck. Geburten: August, S. des Fabrikarbeiters Otto Jänike. Todesfälle: August, S. des Fabrikarbeiters Otto Jänike. Ugebot: Bergarbeiter Otto Gräbe mit Emma Vierck hier. Geburten: S. des Arbeiters Friedrich Knipf. T. des Bergarbeiters Otto Wischhoff. Todesfälle: Hedwig Rettig, T. des Bergarbeiters, 6 J. 10 M. Gertrud Born, T. des Bergarbeiters, 1 M. 11 M. Wilhelm Rautsch, T. des Bergarbeiters, 83 J.